



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2004

Band XVI

Einzelplan 20

Allgemeine Finanzverwaltung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 20	4
Zusammenfassung der Stellenübersicht	6
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2004	8
Kapitel 20 010 Steuern	10
Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen	15
Kapitel 20 030 Kommunalen Finanzausgleich	31
Kapitel 20 040 Hochwasserkatastrophe 2002	38
Kapitel 20 610 Kapitalvermögen	42
Kapitel 20 630 Liegenschaftsvermögen	46
Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung	67
Kapitel 20 710 Versorgung	71
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2004	80
Stellenübersicht des Einzelplans 2004	81
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	82

VORWORT

Der Einzelplan 20 "Allgemeine Finanzverwaltung" gehört zum Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen. In ihm sind die Einnahmen und Ausgaben, die nicht dem Geschäftsbereich eines einzelnen Ministeriums zuzuordnen sind, sondern die Gesamtheit der Landesverwaltung betreffen, nachgewiesen. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um folgende Bereiche:

Steuereinnahmen,
Finanzausgleich mit Bund und Ländern,
Kommunalfinanzen einschl. kommunaler Finanzausgleich (zusammen mit dem Ministerium des Innern),
Vermögen und Schulden,
Versorgung.

Das Ministerium der Finanzen bedient sich zur Durchführung dieser Aufgaben, soweit sie nicht im Ministerium unmittelbar bearbeitet werden, der ihm nachgeordneten Teile der Oberfinanzdirektion, der Zentralen Bezüge des Landes Brandenburg, der Bauabteilung der Oberfinanzdirektion Cottbus, des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen sowie der Liegenschafts- und Bauämter.

Im einzelnen wird auf die nachfolgenden besonderen Ausführungen zu den Kapiteln und auf die Erläuterungen verwiesen.

Zu Kapitel 20 010 - Steuern -

Im Kapitel 20 010 werden alle dem Land zustehenden Steuereinnahmen nachgewiesen.

Für das Haushaltsjahr 2004 werden Steuereinnahmen in Höhe von 4 347 200 000 EUR

Im Nachtragshaushalt für 2003 wurden veranschlagt 4 444 700 000 EUR

Zu Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen -

Im Kapitel 20 020 sind alle sonstigen nicht unter die Zweckbestimmung der anderen Kapitel des Einzelplans fallenden Einnahmen und Ausgaben veranschlagt.

Zu Kapitel 20 030 - Kommunalen Finanzausgleich

Das Kapitel enthält die Leistungen des Landes an die Gemeinden und Landkreise im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (Steuerverbund und sonstige Leistungen).

Den Berechnungen wurden zugrunde gelegt:

Für das Haushaltsjahr 2004:

- zu erwartende Steuereinnahmen Brandenburgs (abzüglich Ausgleich für Steuerausfälle Familienleistungsausgleich von 68.600.000 EUR und der Einnahmen Feuerschutzsteuer von 8.000.000 EUR)	4 270 600 000 EUR
- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	515 000 000 EUR
- Fehlbetrags - Bundesergänzungszuweisungen	250 000 000 EUR
- Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen	1 493 500 000 EUR
Zusammen	6 529 100 000 EUR

Unter Anwendung der Verbundquote (25,3 v. H.) ergibt sich daraus (einschl. einer anteiligen Berücksichtigung von -152.500.000 EUR aus den Steuermindereinnahmen 2002) eine verfügbare Finanzmasse im Rahmen des Steuerverbundes

in Höhe von 1 499 362 000 EUR

Sie erhöht sich durch den Familienleistungsausgleich und sonstige Zuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs

auf insgesamt 1.674.397.700 EUR

Darüber hinaus werden die Gemeinden am Aufkommen der Einkommen- und Lohnsteuer, der Zinsabschlagsteuer sowie der Umsatzsteuer beteiligt.

Zu Kapitel 20 040 – Hochwasserkatastrophe 2002

Im Kapitel 20 040 sind alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Flutopfersolidaritätsgesetzes (Fonds „Aufbauhilfe“) veranschlagt.

Zu Kapitel 20 610 - Kapitalvermögen -

Im Kapitel 20 610 werden insbesondere die Zuweisungen an die Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF), die Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen, die Kapitalzuführung an die Landesentwicklungsgesellschaft i.L. sowie die Inanspruchnahme aus Bürgschaften nachgewiesen.

Zu Kapitel 20 630 - Liegenschaftsvermögen -

Im Kapitel 20 630 werden die Einnahmen und Ausgaben aus der Verwaltung der Liegenschaften der Allgemeinen Finanzverwaltung und der Landesbehördenzentren ausgewiesen.

Zu Kapitel 20 650 - Schuldenverwaltung -

In diesem Kapitel sind die Einnahmen aus der Kreditaufnahme des Landes Brandenburg enthalten. Die Ausgaben für die Schuldentilgung des Landes sind aus dem Kreditfinanzierungsplan ersichtlich.

Zu Kapitel 20 710 Versorgung

Die genaue Höhe der Versorgungsleistungen steht noch nicht fest. Die Ansätze beruhen auf Hochrechnungen/Schätzungen.

Seit 1996 sind hier auch die Erstattungen an den Bund für Sonder- und Zusatzversorgungssysteme veranschlagt.

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger des Einzelplans

	2003	2004
1. Ruhestand	949	1.233
2. Hinterbliebene	74	111
Zusammen	1.023	1.344

Die Aufwendungen für die Versorgungsempfänger sind bei den Titeln 432 10 bis 432 15 veranschlagt.

kw-Vermerke im Zusammenhang mit dem Tarifvertrag zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen in der Landesverwaltung Brandenburg (Sozial-TV-BB)

Die bei den Titeln [422,] 425 und 426 ausgebrachten Sperrvermerke werden nur dann wirksam, wenn die Tarifvertragsparteien nicht bis zum 31. Januar 2004 die Übernahme des Tarifvertrages erklären. Erfolgt die Übernahme nicht, soll die Umsetzung dieser kw-Stellen durch betriebsbedingte Kündigungen in 2004 erfolgen. Im Einzelplan 20 sind für diesen Fall insgesamt 5 kw-Stellen ausgebracht.

Zusammenfassung der Stellenübersicht 2004

Bezeichnung	2003	2004
1 Planmäßige Beamte und Richter	0	0
2 Beamtete Hilfskräfte	0	0
3 Angestellte	11	12
4 Arbeiter	29	33
Stellensoll (1-4)	40	45
Beamte im Vorbereitungsdienst	0	0
Auszubildende	0	0
Leerstellen		
Planmäßige Beamte und Richter	0	0
Angestellte	0	0
Arbeiter	0	0
Summe Leerstellen	0	0

Haushaltsübersicht 2004

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
20010	4.347.200.000				4.347.200.000	
20020	5.709.000	40.040.000	2.351.111.500		2.396.860.500	-28.499.100
20030						
20040						
20610		5.760.000			5.760.000	
20630		12.379.100			12.379.100	1.203.000
20650				1.122.456.400	1.122.456.400	
20710		500.000	6.042.000		6.542.000	35.374.500
Summe 2004	4.352.909.000	58.679.100	2.357.153.500	1.122.456.400	7.891.198.000	8.078.400
Summe 2003	4.451.200.000	98.381.400	2.357.730.300	1.210.787.800	8.118.099.500	363.531.200
Vgl. zu 2003	-98.291.000	-39.702.300	-576.800	-88.331.400	-226.901.500	-355.452.800

Haushaltsübersicht 2004

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
						+4.347.200.000
26.690.900	57.896.800	8.000	286.500	-8.712.200	47.670.900	+2.349.189.600
	1.453.297.700		221.100.000		1.674.397.700	-1.674.397.700
						0
30.000	46.002.000		45.010.000		91.042.000	-85.282.000
9.518.000			4.126.200		14.847.200	-2.468.100
852.183.000				125.700.000	977.883.000	+144.573.400
	456.299.400				491.673.900	-485.131.900
888.421.900	2.013.495.900	8.000	270.522.700	116.987.800	3.297.514.700	+4.593.683.300
812.517.300	2.160.492.800	76.700	346.417.100	243.414.400	3.926.449.500	+4.191.650.000
+75.904.600	-146.996.900	-68.700	-75.894.400	-126.426.600	-628.934.800	+402.033.300

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Vorbemerkung:

Die einzelnen Steueransätze für den Haushaltsplan 2004 sind auf der Grundlage der Schätzungen des Bund-Länderarbeitskreises "Steuerschätzung" vom Mai 2003 ermittelt worden. Die gesamten dem Land zustehenden Steuereinnahmen werden veranschlagt für das Haushaltsjahr 2004 mit: 4.347.200.000 EUR

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

011 10	910	Lohnsteuer (Landesanteil)	941.407.259	970.000.000	947.200.000
---------------	------------	----------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Erläuterungen:

Das gesamte Lohnsteueraufkommen im Land Brandenburg (einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung) wird geschätzt für 2004: 2.228.705.900 EUR

Davon erhalten der Bund 42,5 v.H. und die Gemeinden 15 v.H.. Dem Land verbleiben 42,5 v.H.
für 2004: 947.200.000 EUR

012 10	910	Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	-263.636.459	-271.100.000	-335.000.000
---------------	------------	--------------------------------------------------	---------------------	---------------------	---------------------

Erläuterungen:

Das gesamte Einkommensteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen, Eigenheimzulagen und sonstige Erstattungen) im Land Brandenburg wird geschätzt für 2004: - 788.235.300 EUR

Davon entfallen auf den Bund und das Land jeweils 42,5 v.H. und auf die Gemeinden 15 v.H.. Von den zu erwartenden Erstattungen muss das Land ebenfalls 42,5 v.H. übernehmen.

Insgesamt erhält das Land einen Betrag von
für 2004: - 335.000.000 EUR

013 10	910	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Landesanteil)	20.632.470	24.500.000	17.500.000
---------------	------------	-----------------------------------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Das gesamte Aufkommen aus den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag wird geschätzt für 2004: 35.000.000 EUR

Davon erhält das Land die Hälfte, einen Betrag von
für 2004: 17.500.000 EUR

014 10	910	Körperschaftsteuer (Landesanteil)	-84.807.224	57.500.000	-10.000.000
---------------	------------	------------------------------------------	--------------------	-------------------	--------------------

Erläuterungen:

Das gesamte Körperschaftsteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen) im Land Brandenburg wird (einschl. der Einnahmen aus der KöStZerlegung) geschätzt für 2004: -20.000.000 EUR

Davon erhält der Bund 50 v.H.; dem Land verbleiben 50 v.H.
für 2004: -10.000.000 EUR

015 10	910	Umsatzsteuer (Landesanteil)	2.696.869.489	2.735.700.000	2.754.850.000
---------------	------------	------------------------------------	----------------------	----------------------	----------------------

Erläuterungen:

Vom Aufkommen der Umsatzsteuer stehen dem Bund vorab 5,63 v.H. als Ausgleich für die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu. Vom verbleibenden Aufkommen der Umsatzsteuer stehen den Gemeinden 2,2 v.H. zu. Vom danach verbleibenden Aufkommen erhalten der Bund 49,6 v.H. und die Länder 50,4 v.H.. In den Umsatzsteueranteilen der Länder ist jeweils ein Anteil von 5,75 von Hundert-Punkten für Umschichtungen zugunsten der Länder zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs enthalten. Die Gemeinden sind an Einnahmen aus der Umsatzsteuer zu beteiligen(veranschlagt bei Kap. 20 030 Titel 613 11).

Der auf das Land Brandenburg entfallende Anteil an der Umsatzsteuer wird geschätzt für 2004: 2.754.850.000 EUR

016 10	910	Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil)	475.519.717	440.600.000	486.150.000
---------------	------------	-------------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
016 10

Erläuterungen:

Von dem geschätzten Aufkommen an Einfuhrumsatzsteuer stehen dem Land unter Zugrundelegung eines Landesanteils von 49,75 v.H. zu

für 2004: 486.150.000 EUR

017 10	910	Gewerbsteuerumlage (Landesanteil)	31.239.394	39.000.000	40.000.000
---------------	-----	------------------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

018 10	910	Zinsabschlagsteuer	38.994.374	59.000.000	50.000.000
---------------	-----	---------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Das gesamte Aufkommen aus der Zinsabschlagsteuer (nach Zerlegung) in Brandenburg wird geschätzt für 2004: 113.636.400 EUR

Davon erhalten der Bund 44 v.H. und die Gemeinden 12 v.H.. Dem Land verbleiben 44 v.H. für 2004: 50.000.000 EUR

052 10	910	Erbschaftsteuer	8.865.586	8.000.000	9.000.000
---------------	-----	------------------------	------------------	------------------	------------------

053 10	910	Grunderwerbsteuer	94.935.779	95.000.000	94.000.000
---------------	-----	--------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

054 10	910	Kraftfahrzeugsteuer	223.919.839	226.000.000	229.000.000
---------------	-----	----------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

055 10	910	Totalisatorsteuer	624.739	500.000	500.000
---------------	-----	--------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 20 020 Titel 685 10.

056 10	910	Andere Rennwettsteuern	0	0	0
---------------	-----	-------------------------------	----------	----------	----------

057 10	910	Lotteriesteuer	37.026.341	36.000.000	38.000.000
---------------	-----	-----------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Lotteriesteuern aus

- Land Brandenburg Lotto
- Nordwestdeutsche Klassenlotterie
- Ostdeutscher-Sparkassen-Lotterie-Verein

Die im Rahmen des PS-Lotterie-Sparens auf gekommenen Steuereinnahmen beinhalten einen Verwaltungskostenanteil von 5 v.H.. Das restliche Aufkommen wird an die neuen Bundesländer entsprechend der Anzahl der verkauften Lose abgeführt.

058 10	910	Sportwettsteuer	0	0	0
---------------	-----	------------------------	----------	----------	----------

059 10	910	Feuerschutzsteuer	7.982.864	6.000.000	8.000.000
---------------	-----	--------------------------	------------------	------------------	------------------

1. Das Steueraufkommen ist vorrangig zur Leistung von Ausgaben bei den Kapiteln 03 710 und 03 750 zu verwenden.

Erläuterungen:

Die Feuerschutzsteuer wird vorrangig zur Förderung des Feuerlöschwesens und des vorbeugenden Brandschutzes und für Ausgaben und Einrichtungen des Landes auf diesem Gebiet verwendet. Die Ausgaben für den Feuerschutz sind im Einzelplan 03 - Kapitel 03 710 und 03 750 - veranschlagt.

Ausgaben auf diesem Gebiet können auch aus der Investitionspauschale im Rahmen des GFG geleistet werden.

061 10	910	Biersteuer	17.481.754	18.000.000	18.000.000
---------------	-----	-------------------	-------------------	-------------------	-------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
061 10

Erläuterungen:

Aufgrund der Wiederverwendung der Bestimmungen des am 02.12.1890 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich/Ungarn geschlossenen Vertrages über den Anschluss der österreichischen Gemeinde Mittelberg (Kleines Walsertal) an das Zollsystem des Deutschen Reiches erhält Österreich eine Abrechnung seines Einnahmeanteils an den Zöllen und Verbrauchssteuern. In dem Abgeltungsbetrag ist auch ein Biersteueranteil enthalten, der dem Bund von den Ländern, denen das Biersteueraufkommen nach Art. 106 Abs. 2 Nr. 5 GG zusteht, erstattet werden muss. Der Anteil Brandenburgs beträgt ca. 100 EUR. Die Verrechnung aus diesem Titel erfolgt jährlich gegenüber dem BMF.

069 10	910	Sonstige Steuern	203.093	0	0
---------------	-----	-------------------------	----------------	----------	----------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(019 10)	910	Steuerabzug bei Bauleistungen	0	0	
----------	-----	-------------------------------	---	---	--

Summe HGr. 0:	4.444.700.000	4.347.200.000	
---------------	---------------	---------------	--

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

213 10	910	Anteil der Kommunen zum nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe"	0	14.000.000	0
--------	-----	-----------------------------------------------------------------------	---	------------	---

Summe HGr. 2:	14.000.000	0	
---------------	------------	---	--

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

371 10	989	Globale Mehreinnahmen	0	0	0
--------	-----	-----------------------	---	---	---

372 20	910	Globale Mindereinnahme bei Steuern	0	0	0
--------	-----	------------------------------------	---	---	---

Summe HGr. 3:	0	0	
---------------	---	---	--

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

634 10	910	Zuweisungen (konsumtiv) des Landes zum nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe"	0	26.520.000	0
--------	-----	-----------------------------------------------------------------------------------	---	------------	---

Summe HGr. 6:			26.520.000	0
---------------	--	--	------------	---

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

884 10	910	Zuweisungen (investiv) des Landes zum nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe"	0	75.480.000	0
--------	-----	----------------------------------------------------------------------------------	---	------------	---

Summe HGr. 8:			75.480.000	0
---------------	--	--	------------	---

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
		HGr. 0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	4.444.700.000	4.347.200.000
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	14.000.000	0
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme			4.458.700.000	4.347.200.000
Ausgaben				
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	26.520.000	0
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	75.480.000	0
Gesamtausgabe			102.000.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			4.356.700.000	4.347.200.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Einnahmen Brandenburgs aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich bestehen aus der Umsatzsteuerverteilung und den Ausgleichszahlungen der anderen Bundesländer im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (LFA). Der Bund gewährt ergänzend hierzu Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Gemäß Artikel 2 des Solidarhaftfortführungsgesetzes werden die bisher nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost zur Verfügung stehenden Mittel ab 01. 01. 2002 als Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen gewährt.

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

093 10	910	Spielbankabgabe und Zusatzleistungen	6.088.621	6.500.000	5.709.000
--------	-----	---------------------------------------------	------------------	------------------	------------------

1. Siehe Vermerk bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 80.

Erläuterungen:

Gemäß Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Brandenburg (Spielbankgesetz - SpielbG) vom 22.05.1996 ist der Spielbankunternehmer verpflichtet, eine Spielbankabgabe an das Land zu entrichten. Von dem Aufkommen der Spielbankabgabe erhalten die Gemeinden einen angemessenen Anteil gem. § 4 Abs. 7 des Spielbankengesetzes. Die Kosten für die Spielbankaufsicht werden beim Kapitel 12 050 nachgewiesen. Im Land Brandenburg wird seit 1998 eine Spielbank in Cottbus und seit 2002 eine weitere in Potsdam betrieben.

Summe HGr. 0:	6.500.000	5.709.000
---------------	------------------	------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	011	Sonstige Einnahmen	2.372	39.000	0
--------	-----	---------------------------	--------------	---------------	----------

Erläuterungen:

Abführungen der Landeshauptkasse von Gutschriften nicht zu ermittelnder Einzahler; ferner Verrechnung von Beträgen aus ehemaligen DDR-Recht Altfällen aus 1990. Weniger in Anpassung an das Ist 2002.

119 25	910	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	4.337	0	0
--------	-----	-------------------------------------------------------------------------------------------	--------------	----------	----------

1. Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 25 verwendet werden.

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus der nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Verwendung der Kommunalen Investitionspauschale aus Mitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

123 10	856	Gewinnanteile aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie	790.587	869.000	790.000
--------	-----	----------------------------------------------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Der Ansatz beruht auf den Ertragserwartungen der Nordwestdeutschen Klassenlotterie.

123 20	856	Einnahmen aus der Konzessionsabgabe Lotto	35.571.474	37.835.000	38.350.000
--------	-----	--------------------------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

1. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 685 59, gem. Sportförderungsgesetz zur Deckung der Ausgaben i.H.v. 13.806.000 EUR (36%) bei Kapitel 05 810 (mit Ausnahme der Zuweisungen für Investitionen für Sportstätten im Rahmen des Sonderförderprogramms "Goldener Plan Ost" (TG 61), Kapitel 05 050 Titelgruppe 62 sowie Kapitel 02 010 Titel 633 20.

Erläuterungen:

Die Spielarten (Zahlenlotto, Ergebnis- und Auswahlwetten, Spiel 77, Super 6 sowie Rubbellotterie / Brieflose) werden in Form von nichtstaatlichen Lotterien durch die Land Brandenburg Lotto GmbH im eigenen Namen und für eigene Rechnung gegen eine Konzessionsabgabe durchgeführt. Die Konzessionsabgabe beträgt 20 v.H. der Umsätze. Bis 2006 stellen die Länder dem DFB jährlich 12 v.H. der das Ergebnis des Veranstaltungsjahres 2001 übersteigenden Gesamtsumme der Wetteinsätze aus den ODDSET-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 zur Verfügung. Für Brandenburg handelt es sich voraussichtlich um einen Betrag von insgesamt ca. 400 T€.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
132 10	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	500	0
		Erläuterungen: Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen und von sonstigen beweglichen Sachen.			
162 10	872	Zinseinnahmen aus den Geldanlagen der Landeshauptkasse	564.918	1.022.600	900.000
		1. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 571 10.			
		Erläuterungen: Für die Anlage zeitweilig freier Kassenmittel und für die Zinserträge der laufenden Konten. Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002. Der Ansatz ist geschätzt.			
Summe HGr. 1:				39.766.100	40.040.000
HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					
211 10	910	Ergänzungszuweisungen des Bundes zum Ausgleich von Fehlbeträgen	245.302.324	256.000.000	250.000.000
		Erläuterungen: Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisung zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs nach § 11 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz.			
211 11	910	Ergänzungszuweisungen des Bundes für Kosten politischer Führung	83.851.868	83.900.000	83.900.000
		Erläuterungen: Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen aufgrund überdurchschnittlicher hoher Kosten politischer Führung und der zentralen Verwaltung gemäß § 11 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz.			
211 12	910	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen	1.493.483.584	1.493.483.600	1.493.500.000
		Erläuterungen: Hier sind die entsprechend Artikel 33 § 11 Abs. 4 des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern) Mittel zum Abbau teilungsbedingter Sonderbelastungen sowie zum Ausgleich unterproportionaler Finanzkraft (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen) veranschlagt.			
212 10	910	Zuweisungen von anderen Ländern nach Artikel 107 Abs. 2 des Grundgesetzes	472.077.986	494.658.300	515.000.000
		1. Ausgaben können von der Einnahme abgesetzt werden.			
		Erläuterungen: Einnahmen aus dem (horizontalen) Länderfinanzausgleich.			
233 10	910	Kommunaler Anteil an der Finanzierung der Altschulden gesellschaftlicher Einrichtungen	7.311.500	7.311.500	7.311.500
		Erläuterungen: Der Ansatz ergibt sich aus dem Altschuldenrefinanzierungsgesetz (Artikel 3 des Haushaltsstrukturgesetzes 1998) vom 22.12.1997.			
235 10	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
		Erläuterungen: Der Titel dient der haushaltstechnischen Verrechnung der bei allen Einzelplänen eingehenden Mittel von der Bundesanstalt für Arbeit.			

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

261 10	061	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	1.123.883	1.000.000	1.000.000
--------	-----	---------------------------------------------------	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beträge für die Erhebung der Kirchensteuer (3 v.H. des geschätzten Aufkommens 2004) durch die Finanzämter.

298 10	871	Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus	475.602	150.000	400.000
--------	-----	--------------------------------------	---------	---------	---------

1. Siehe Vermerk bei Titel 698 10.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(231 10)	231	Erstattungen nach dem Bundeskindergeldgesetz	0	0	
----------	-----	----------------------------------------------	---	---	--

(231 11)	873	Erstattungen nach Artikel 22 Einigungsvertrag	0	0	0
----------	-----	-----------------------------------------------	---	---	---

Summe HGr. 2:	2.336.503.400	2.351.111.500
---------------	---------------	---------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	910	Zuweisungen des Bundes gemäß Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	9.691.428	9.952.900	0
--------	-----	----------------------------------------------------------------------	-----------	-----------	---

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 2 des Solidarpaktfortführungsgesetzes werden die bisher nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost zur Verfügung stehenden Mittel ab 01. 01. 2002 als Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen gewährt. Bis Ende 2004 können bisher nicht in Anspruch bzw. abgerufene Mittel im Rahmen der bisherigen Bedingungen eingesetzt werden.

359 10	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
--------	-----	---------------------------	---	---	---

359 11	011	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	237.259	0	0
--------	-----	------------------------------------------	---------	---	---

Die Einnahmen fließen den Ausgaben der Hauptgruppe 4 zu. Bei negativen Einnahmen sind die Ausgaben der Hauptgruppe 4 in gleicher Höhe gesperrt; die Sperre kann auch bei anderen Hauptgruppen erwirtschaftet werden.

371 10	989	Globale Mehreinnahme LFA und BEZ	0	0	0
--------	-----	----------------------------------	---	---	---

372 20	910	Globale Mindereinnahme aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	
--------	-----	--------------------------------------------------------------------------------------	---	---	--

Summe HGr. 3:	9.952.900	0
---------------	-----------	---

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 99 - Kosten der Datenverarbeitung (Informationstechnik)

1. Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für ressortübergreifende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, Weiterentwicklung und Pflege der Mittelbewirtschaftung/Kassenwesen sowie für die Neuentwicklung des Bezügeverfahrens und die Zahlbarmachung der Bezüge.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	0	0	0
359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

441 20	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	35.031.854	40.677.600	36.700.000
--------	-----	---------------------------------------------	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Beihilfen in Krankheitsfällen für Beamte. Die Beihilfen für Versorgungsempfänger sind bei Kapitel 20 710 Titel 446 10 veranschlagt.

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

443 10	061	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	898	1.400	900
--------	-----	----------------------------------------	-----	-------	-----

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt. Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist das Arbeitssicherungsgesetz erlassen worden. Nach § 16 dieses Gesetzes ist im öffentlichen Dienst ein den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertiger arbeitstechnischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten

		2004 EUR
1.	Unfallfürsorge für Beamte (Richter und sonstige Amtsträger nach dem LBG)	
2.	Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	900
3.	Sonstiges	
Summe		900

443 20	940	Fürsorgeleistungen im Bereich der Landesregierung	0	0	0
--------	-----	---------------------------------------------------	---	---	---

461 20	981	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	0	290.700.000	34.800.000
--------	-----	------------------------------------------------------------	---	-------------	------------

1. Ausgaben für das Personalbudget der Einzelpläne dürfen aus diesem Ansatz verstärkt werden.
2. Bei Besoldungserhöhungsgesetzen ist der Finanzminister ermächtigt, bereits vor Verabschiedung des Gesetzes entsprechend dem Vorgehen des Bundes Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge zu leisten.

Erläuterungen:

Der Titel ist zur Deckung von Personalmehrausgaben bestimmt, die aufgrund von Besoldungs- und Tarifierhöhungen oder aus anderen unabwiesbaren Gründen im Haushaltsjahr 2004 entstehen und bei der Festsetzung der Personalausgaben in den einzelnen Kapiteln und Titeln des Landeshaushalts nicht berücksichtigt werden konnten.

462 10	989	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0	0	-100.000.000
--------	-----	---------------------------------------------	---	---	--------------

Summe HGr. 4:	331.379.000	-28.499.100
---------------	-------------	-------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	127.458	358.000	127.500
--------	-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------	---------	---------

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass Druckstücke über die Einnahmen und Ausgaben des Landes an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
511 10

Erläuterungen:

		2004 EUR
1	Geschäftsbedarf	127.500
2	Bücher, Zeitschriften	0
3	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0
4	Sonstiges	0
Summe		127.500

Weniger wegen gesunkener Druckkosten und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

511 20 011 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 25.743 84.400 25.800

Erläuterungen:

		2004 EUR
1	Postgebühren	0
2	Mobilfunkanschlüsse	0
3	Sonstiges	25.800
Summe		25.800

Weniger wegen des Erhalts von Rabatten und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

526 10 011 Ausgaben für Haushalts- und finanzpolitische Gutachten sowie für Gutachten im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Bund/Länder Finanzbeziehungen 17.234 300.000 50.000

1. Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, entsprechend dem Bedarf Mittel zur Bewirtschaftung ressortübergreifend zuzuweisen.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 632 10.

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Erstellung externer Gutachten.

Weniger wegen geringerem Bedarf.

542 00 299 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-9. Buch 1.039.629 0 0

Die Deckung der Ausgaben erfolgt gemäß der Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 zulasten der Titel 542 10 in den Einzelplänen 01, 02, 03, 04, 05, 06, 07, 08, 10, 11, 12, 13, 14 und 20.

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Da das Land als ein Arbeitgeber gilt (§ 77 Abs. 8 SGB IX), können Überbesetzungen mit Unterbesetzungen ressortübergreifend ausgeglichen werden.

546 10 910 Sonstiges 52.210 47.000 44.400

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten sowie uneinbringliche Auslagen im Zusammenhang mit Vollstreckungsersuchen entsprechend Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG) für das Land Brandenburg an die Landkreise und kreisfreien Städte.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

546 15 012 Entgelte für den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg auf Grund von Servicevereinbarungen 1.134.000
neu

Erläuterungen:

Im Vorjahr bei

Kapitel/Titel	Ist 2002	Soll 2003
* 20 020/538 99	0	2.371.600
Zusammen	0	2.371.600

Servicevereinbarungen mit dem LDS

	2004 EUR
1. Dienstleistungen LDS	1.134.000
Summe	1.134.000

Mehr wegen Umsetzung von 1.134.000 Euro aus 20 020/538 99.

546 25 910 Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG) 0 0 0

1. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 119 25 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 6 VV-IfG sind dem Bund die Zinseinnahmen aus nicht zweckentsprechender und nicht fristgerechter Verwendung der Kommunalen Investitionspauschale aus Mitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) zu erstatten.

547 59 960 Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Verwendung von Einnahmen aus der Lotto-Konzessionsabgabe für zweckbestimmte ressortübergreifende Vorhaben 10.000 0 0

1. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 59 geleistet werden.

549 20 989 Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben 0 -1.738.000

571 10 920 Zinsen für Kassenkredite 12.816.428 15.338.800 18.406.600

1. Haushaltsüberschreitungen infolge verstärkt notwendig werdender Aufnahmen von Kassenkrediten zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen sind von den Vorschriften über die Vorlage von Nachtragshaushaltsplänen (§ 37 Abs. 1 LHO i.V. mit § 2 Abs. 7 Haushaltsgesetz) ausgenommen.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 162 10 geleistet werden.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 20 650, Titel 575 10.

Erläuterungen:

Die Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für die Zinsbelastung der zeitweilig zur Sicherung der Liquidität notwendigen kurzfristigen Kassenverstärkungskredite.
Mehr wegen Erhöhung der Ermächtigung im Haushaltsgesetz Kassenverstärkungsmittel aufzunehmen.

Aus Titelgruppen	4.008.200	6.902.600
Summe HGr. 5:	18.398.400	26.690.900

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	960	Erstattungen nach dem Finanzbereinigungsgesetz -DDR an den Bund	0	2.100.000	0
--------	-----	-----------------------------------------------------------------	---	-----------	---

Erläuterungen:

Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Ist-Ausgaben noch beibehalten.

631 11	061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund (BvS)	0	0	1.966.800
--------	-----	--------------------------------------------------------	---	---	-----------

Erläuterungen:

Zur Abrechnung der Verwaltungsvereinbarung über die Verwaltung Liegenschaften Dritter und Schlussrechnung nach Entlastung durch die BvS.

631 12	910	Erstattungen an Bund für Zins- und Tilgungsleistungen für kommunale Altschulden	17.862.522	17.862.600	17.862.600
--------	-----	---------------------------------------------------------------------------------	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Die Erstattungsleistungen sind bis zum 31. Januar des jeweiligen Jahres direkt an den Bund zu zahlen.

632 10	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	0	0	0
--------	-----	------------------------------------------------	---	---	---

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 526 10.

636 10	223	Leistungen an Unfallversicherungsträger	14.529.698	15.350.000	16.500.000
--------	-----	-----------------------------------------	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Für die gesetzlich unfallversicherten Beschäftigten des Landes sind seit 01.01.1998 Beiträge an die Unfallkasse Brandenburg zu zahlen.
Mehr wegen höherer Entschädigungsleistungen und Mehraufwendungen für die ausfallende Betriebsmittelunterstützung sowie den Wiederaufbau der Betriebsmittelreserve.

684 10	153	Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahestehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen zur Heran- und Weiterbildung von Bürgern	971.544	1.000.000	1.000.000
--------	-----	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------	-----------	-----------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahestehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen im Land Brandenburg. Die Mittel werden je zur Hälfte auf Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen verteilt, die Parteien nahestehen, welche nach dem endgültigen Ergebnis der letzten Landtagswahlen mindestens 5 von Hundert der im Land Brandenburgs abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Der Anteil am Gesamtbetrag bemisst sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis der bei der letzten Landtagswahl im Land Brandenburg für die ihr nahestehende Partei abgegebenen gültigen Erststimmen und Zweitstimmen. Erreicht eine Partei, deren parteinahe Stiftung bzw. deren ihr nahestehende kommunalpolitische Vereinigung bereits gefördert wird, nicht die erforderliche Stimmenzahl, so kann die entsprechende parteinahe Stiftung bzw. die ihr nahestehende kommunalpolitische Vereinigung für die Dauer einer Wahlperiode den auf die Zweitstimmen entfallenden Anteil erhalten. Erreicht die Partei auch in der darauffolgenden Wahl nicht die erforderliche Stimmenzahl, scheiden die parteinahe Stiftung und kommunalpolitische Vereinigung aus der Finanzierung aus. Die parteirechtliche Selbständigkeit einer Organisation besteht nur dann, wenn sie die Voraussetzungen erfüllt, die im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 14. Juli 1986 – 2 BvE 5/83 – aufgestellt sind. Dies ist in geeigneter Form nachzuweisen. Die Verwendung der Mittel wird durch den Landesrechnungshof geprüft. Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt durch das MI.

685 10	549	Anteile der Rennvereine an der Totalisatorsteuer	599.751	480.000	480.000
--------	-----	--------------------------------------------------	---------	---------	---------

1. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 20 010, Titel 055 10 erhöhen oder vermindern zu 96 v.H. die Mittel dieses Titels.

Erläuterungen:

Nach § 16 RennWLOttG erhalten Rennvereine, die einen Totalisator betreiben, bis zu 96 v.H. des Totalisatorsteueraufkommens für Zwecke der öffentlichen Leistungsprüfung für Pferde. Das Ministerium für Landwirtschaft Umweltschutz und Raumordnung und das Ministerium der Finanzen setzen die Anteile der Rennvereine fest.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

685 59 960 Verteilung von Einnahmen aus der Lotto-Konzessionsabgabe 5.584.744 5.425.000 19.231.000

1. Ausgaben entsprechend der Erläuterungen dürfen nur in Höhe von 5.425.000 EUR der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
2. Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich
3. Die Ausgaben sind übertragbar.
4. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 547 59.
5. Die Mittel in Höhe von 36 vH der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 05 810 TG 60 (Förderung des Sports).

Erläuterungen:

Einzelplan	Ministerium	Quote v. H.
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	6,67
03	Ministerium des Innern	6,00
04	Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten	6,00
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport*	16,00
	Bereich Bildung und Jugend	
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	16,00
07	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen	16,00
08	Ministerium für Wirtschaft	6,00
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	16,00
11	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	6,00
12	Ministerium der Finanzen	5,33
Insgesamt		100,00

* nachrichtlich:

- 05 36 v. H. der bei Titel 123 20 Kapitel 20 020 aufkommenden Einnahmen werden bei Ministerium für Bildung, Jugend und Sport - Geschäftsbereich Sport (§ 8 Sportförderungsgesetz) in Kapitel 05 810 Titelgruppe 60 ausgegeben.

Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung der Ausgaben für Sportförderung im Einzelplan 20.

698 10 871 Verwendung der Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus 44.879 0 0

1. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 298 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Aus Titelgruppen

1.000.000 856.400

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(681 10) 231 Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz 0 0

Summe HGr. 6:

43.217.600 57.896.800

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

971 10 988 Globale Mehrausgaben zur Verstärkung von Ausgaben 0 45.000.000 30.000.000

Erläuterungen:

Veranschlagung von Ausgaben zur Finanzierung der Inanspruchnahme von Haushaltsresten aus in den Vorjahren vereinnahmten Einnahmen.

972 10 989 Globale Minderausgaben 0 0 -40.000.000

Erläuterungen:

Umsetzung der Beschlüsse Kabinettklausur am 01.07.2003.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

972 20	989	Globale Minderausgabe	0	-2.650.000	
		Aus Titelgruppen		1.064.400	1.287.800
		Summe HGr. 9:		43.414.400	-8.712.200

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 62 - Pilotprojekt Kosten- und Leistungsrechnung

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 62 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung des Kabinettschlusses 869/02 vom 27.08.2002 zur pilothaften Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung und neuen Rechnungswesens in ausgewählten Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung.

511 62	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	129.900	0
--------	-----	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---	---------	---

526 62	011	Sachverständige	0	893.600	4.202.000
--------	-----	------------------------	---	---------	-----------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		4.202.000		4.202.000
2005		1.765.900		1.765.900
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		5.967.900		5.967.900

812 62	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	0	50.000	0
--------	-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	---	--------	---

981 62	011	Erstattungen von Personal- und Sachkosten	0	0	0
--------	-----	--------------------------------------------------	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 62	1.073.500	4.202.000
-------------------------------------	-----------	-----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 63 - eGovernment-Leitstelle

Erläuterungen:

Das Kabinett hat am 11.02.2003 die eGovernment-Strategie des Landes Brandenburg beschlossen. Das beschlossene Konzept versteht sich als Dachstrategie für die eGovernment-Initiative des Landes Brandenburg. Es umfasst Ziele und benennt die notwendigen Maßnahmen mit folgenden Schwerpunkten:

- Ausbau der IT-Infrastruktur,
- Bereitstellung landeseinheitlicher Grunddienste,
- Ausbau der Landesportale,
- Ausbau der Online-Dienste (Information, Kommunikation, Transaktion),
- Verbesserung der organisatorischen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Mittelpunkt der Strategie stehen Leitprojekte, die den Kriterien der Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und des Nutzens für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung in besonderer Weise Rechnung tragen. Die Auswahl der Leitprojekte erfolgt im Rahmen des Umsetzungsplanes.

Dies ist im Rahmen der derzeitigen Aufgabenwahrnehmung, die sich allein auf IT-Koordinierung beschränkt, nicht zu leisten. Daher soll beim MI eine eGovernment-Leitstelle zur Wahrnehmung dieser Aufgaben eingerichtet werden.

538 63 neu	011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	500.000
546 63 neu	011 Gutachterkosten	200.000
981 63 neu	012 Erstattungen von Personal- und Sachkosten	174.500

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 63	0	874.500
-------------------------------------	---	---------

TGr. 64 - Qualitätsmanagement

Erläuterungen:

Qualitätsmanagement beschreibt eine integrierte, die ganze Behörde betreffende Führungsstrategie, die darauf ausgerichtet ist, aus externen und internen Kundenanforderungen Qualitätsziele abzuleiten, zu formulieren und zu erfüllen. Dabei kommen die Instrumente des Neuen Steuerungsmodells zur Anwendung.

Unter Federführung der Stabsstelle für Verwaltungsmodernisierung ist das Projekt "Qualitätsmanagent" initiiert worden. Mehr als 30 Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung nehmen freiwillig an diesem Projekt teil. Regelmäßige regionale und ressortübergreifende Teamsitzungen ermöglichen einen intensiven Erfahrungsaustausch. Zur Vervollkommenung der Kenntnisse werden diese Veranstaltungen von einem Wissenschaftler begleitet. Außerdem ist eine permanente fachbegleitende Fortbildung eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen dieses Projektes.

525 64 neu	012 Aus- und (Fort)bildung	100.000
---------------	----------------------------	---------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64	0	100.000
-------------------------------------	---	---------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 70 - Maßnahmen zur Energieeinsparung in der Landesverwaltung

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Maßnahmen der Energieberatung und Schulung (ressortübergreifend), Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Energiesparmaßnahmen) und des dafür erforderlichen Erwerbs von Maschinen und Geräten.

517 70	012	Flächenerfassung der verwaltungseigenen Gebäude und baulichen Anlagen	0	204.500	0
---------------	------------	------------------------------------------------------------------------------	----------	----------------	----------

Erläuterungen:

Weniger in Folge der sukzessiven Abarbeitung der Bestandsflächenerfassung und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

526 70	012	Kosten für Maßnahmen der Energieberatung und Schulung einschl. DWD-Klimadaten	13.308	15.300	13.000
---------------	------------	--------------------------------------------------------------------------------------	---------------	---------------	---------------

711 70	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	8.526	76.700	8.000
---------------	------------	------------------------------------------------	--------------	---------------	--------------

812 70	012	Erwerb von Maschinen und Geräten	712	10.300	5.000
---------------	------------	-----------------------------------------	------------	---------------	--------------

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			306.800	26.000	
-------------------------------------	--	--	----------------	---------------	--

TGr. 80 - Verwendung der Spielbankabgabe und der Zusatzleistungen

1. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Kapitel 20 020 Titel 093 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

2. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

3. Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Von dem Aufkommen der Spielbankabgabe erhalten die Gemeinden einen angemessenen Anteil gem. § 4 Abs. 7 Spielbankgesetz. Die Kosten der Spielbankenaufsicht werden dem Einzelplan 12 erstattet.

633 80	910	Zuweisungen an die Spielbankgemeinden	781.891	1.000.000	856.400
---------------	------------	----------------------------------------------	----------------	------------------	----------------

981 80	910	Erstattung von Kosten der Spielbankenaufsicht	1.110.632	1.064.400	1.113.300
---------------	------------	------------------------------------------------------	------------------	------------------	------------------

Nachrichtlich: Summe TGr. 80			2.064.400	1.969.700	
-------------------------------------	--	--	------------------	------------------	--

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 99 - Kosten der Datenverarbeitung (Informationstechnik)

1. Einnahmen bei Titel 119 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

2. Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für ressortübergreifende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, Weiterentwicklung und Pflege der Mittelbewirtschaftung/Kassenwesen sowie für die Neuentwicklung des Bezügeverfahrens und die Zahlbarmachung der Bezüge.

511 99	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	325.518	368.000	410.200
--------	-----	-----------------------------------------------------------------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

					2004 EUR
1.		Hardware			0
2.		Software			
3.		Unterhaltung			410.200
4.		Kommunikation			0
5.		Sonstiges			0
Summe					410.200

Mehr wegen Erhöhung des Pflegesatzes für ProFiskal P 3 gemäß bestehendem Pflegevertrag.

525 99	061	Aus- (und Fort)bildung	40.192	25.300	17.400
--------	-----	------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

					2004 EUR
1.		Aus- und Fortbildung			17.400
2.		Lehr- und Lernmittel			0
Summe					17.400

538 99	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	2.332.635	2.371.600	1.460.000
--------	-----	--------------------------------------------	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

					2004 EUR
1.		Haushaltsaufstellungsverfahren			210.000
2.		Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen			90.000
3.		Bargeldloser Zahlungsverkehr			0
4.		Zahlbarmachung der Bezüge			1.080.000
5.		Einführung des Bezügeverfahrens KIDICAP 2000			80.000
Summe					1.460.000

Weniger wegen Umsetzung 1.134.000 EUR nach 20 020/546 15.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	961.483	448.800	281.500
--------	-----	------------------------------------------------------------------------------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

				2004 EUR
1		HAVWeb Lizenz		174.000
2		Erstbeschaffung elektronische Signatur/Sicherheit		100.000
3		HAVWeb Hardware		7.500
Summe				281.500

Weniger wegen Abschluss der Ersatzbeschaffung HKR-Arbeitsplatztechnik in der Landeshauptkasse.

919 99	950	Zuführung zu der Rücklage	0	0	0
--------	-----	---------------------------	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	3.213.700	2.169.100
-------------------------------------	-----------	-----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	6.658.400	9.341.300
-------------------------------------------------------	-----------	-----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel		6.500.000	5.709.000
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		39.766.100	40.040.000
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.336.503.400	2.351.111.500
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		9.952.900	0
Gesamteinnahme				2.392.722.400	2.396.860.500
Ausgaben					
		HGr. 4 Personalausgaben		331.379.000	-28.499.100
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		18.398.400	26.690.900
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		43.217.600	57.896.800
		HGr. 7 Baumaßnahmen		76.700	8.000
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		509.100	286.500
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben		43.414.400	-8.712.200
Gesamtausgabe				436.995.200	47.670.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)				1.955.727.200	2.349.189.600

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	234	Sonstige Einnahmen	413.138	0	0
--------	-----	---------------------------	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückflüssen aus den Erstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und nach § 108 Bundessozialhilfegesetz. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bewirtschaftet.

Summe HGr. 1:		0	0
---------------	--	----------	----------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	234	Erstattungen des Bundes für Kriegsflüchtlinge	30.079	0	0
--------	-----	------------------------------------------------------	---------------	----------	----------

1. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 633 11.

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich mit 50 v.H. an den Kosten für Kriegsflüchtlinge, insbesondere aus Bosnien - Herzegowina, die den Kreisen und kreisfreien Städten vom Land zunächst in voller Höhe erstattet werden. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bewirtschaftet.

Summe HGr. 2:		0	0
---------------	--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 11	910	Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte	917.662.442	843.868.000	780.572.000
--------	-----	----------------------------------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.
3. Vom Ansatz gehören 62.689.700 EUR (Familienleistungsausgleich) nicht zum Steuerverbund.
4. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004. Vom Ansatz wird ein Betrag von 34.060.000 EUR für Vorwegschlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte bereit gestellt.

613 12	910	Schlüsselzuweisungen an Kreise	299.160.419	275.392.100	246.677.000
--------	-----	---------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nicht veranschlagte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.

Erläuterungen:

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004.

613 14	910	Ausgleichsfonds	75.003.155	49.416.100	52.669.000
--------	-----	------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

1. Zuflüsse aus den Titeln 613 11, 613 12, 613 15 und 613 19 verstärken den Ansatz.
2. Vom Ansatz 2004 gehören 6.887.100 EUR nicht zum Steuerverbund.
3. Die Ausgaben sind übertragbar.
4. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **22.650.200**

davon fällig:

2005 bis zu	2.096.300
2006 bis zu	6.544.400
2007 bis zu	6.067.700
2008 ff bis zu	7.941.800

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	17.699.086	1.942.900		19.641.986
2005	17.557.303	2.096.300	2.096.300	21.749.903
2006	40.181.778	6.544.400	6.544.400	53.270.578
2007		6.067.700	6.067.700	12.135.400
2008 ff.		5.998.900	7.941.800	13.940.700
Summen	75.438.167	22.650.200	22.650.200	120.738.567

Erläuterungen:

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004. Vom Ansatz werden bis zu 14.669.000 EUR für eine Verwendung im Rahmen der RL des MLUR vom 02.12.2002 über die Unterstützung von Aufgabenträgern der Abwasserentsorgung bei der wirtschaftlichen Stabilisierung und zur Zusammenarbeit von Aufgabenträgern (Schuldenmanagementfonds) zur Verfügung gestellt.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

613 15 910 Schullastenausgleich 110.035.822 108.041.000 87.304.000

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.
3. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der anteiligen Finanzierung von Schulkosten nach Maßgabe der Festlegungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2004. Die zweckbestimmte Aufteilung des Ansatzes 2004 ist gemäß § 15 Abs. 2-6 GFG 2004 vorzunehmen.

613 16 910 Kostenerstattung für übertragene Aufgaben 40.386.506 39.328.400 43.119.300

1. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Die Mittel werden nach den Festlegungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004 eingesetzt. Von dem Gesamtansatz entfallen auf die Kostenerstattung nach

	2004 EUR
- Art. 5 des Ersten Funktionalreformgesetzes (Kataster- und Vermessungsämter)	30.400.000
- dem Gesetz zur Ausführung des BSHG i. d. ab 01.01.2003 geltenden Fassung	5.300.000
- dem Brandenburgischen Wassergesetz	4.068.800
- Umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren sowie Durchführung von landwirtschaftlichen Förderprogrammen	392.600
- der Verordnung über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Futtermittelrechts, dem Verfütterungsverbotsgesetz sowie der Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern	770.400
- der Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausländer- und Asylverfahrensrecht	395.000
- der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	45.000
- Art. 1 bis Art. 4 des Dritten Funktionalreformgesetzes	1.248.600
- der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Düngemittelrechts	207.000
- der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Abfallrechts	291.900
Summe	43.119.300

Die Mittel werden von dem jeweils zuständigen Ressort bewirtschaftet.

Mehr nach Umsetzung von Haushaltsmitteln aus Kapitel 07 070 Titel 633 10 für bedürftige Blinde, die aufgrund der Kürzung der Leistungen nach dem Landespflegegesetzes einen (höheren) Anspruch auf Blindenhilfe nach § 100 Abs. 1 Nr. 4 BSHG erwerben und darüber hinaus wegen Anstieg der Personal- und Sachkostenpauschale aufgrund der neuen Berechnungsgrundlage gemäß § 4a Abs. 4 AG BSHG.

613 17 910 Theaterpauschale 13.118.391 13.119.100 13.119.100

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
613 17

Erläuterungen:

			2004 EUR
		Die Mittel werden wie folgt aufgeteilt:	
		Stadtverwaltungen Brandenburg, Frankfurt (Oder) und Potsdam (Theater- und Konzertverbund) zusammen	6.200.000
		Zweckverband Neue Bühne Senftenberg	1.100.000
		Stadtverwaltung Schwedt	1.100.000
		Stadtverwaltung Cottbus	4.169.000
		Kreisverwaltungen Barnim, OPR, Uckermark (regionale Orchester und Musikfeste) zusammen	475.000
		Kommunen mit Spielstätten ohne eigenes Ensemble	75.000
		Summe	13.119.000

Die Mittelbewirtschaftung obliegt dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

613 19	910	Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	154.897.605	157.988.000	158.000.000
---------------	------------	----------------------------------------------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004 eingesetzt.

623 10	910	Hilfen an Kommunen und Zweckverbände für Altfinanzierungsprobleme im Abwasserbereich	3.637.156	3.637.300	3.637.300
---------------	------------	---------------------------------------------------------------------------------------------	------------------	------------------	------------------

1. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Mittel für Liquiditätshilfen über Darlehensgewährung der ILB für die kommunalen Aufgabenträger der Abwasserentsorgung entsprechend der Richtlinie des MI über die Gewährung von Finanzhilfen zur Kostenentlastung von Aufgabenträgern der Abwasserentsorgung (Liquiditätshilfefonds-LHF). Die Leistungen der ILB werden mit 1 v. H. der Fördersumme vergütet. Die Mittel werden vom Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung bewirtschaftet.

633 10	910	Erstattung von Verwaltungskosten an die Landkreise und kreisfreien Städte (für Regelung offener Vermögensfragen)	13.151.073	15.500.000	12.700.000
---------------	------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

1. Von den veranschlagten Ausgaben sind 708.000 EUR zweckgebunden für die Wartung und Pflege des DV-Fachverfahrens der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen vorgesehen. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet.
2. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Einnahmen der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen für verauslagte Sachkosten auf die Ausgaben angerechnet werden.
3. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) werden die Aufgaben der unteren Landesbehörden den Landkreisen und kreisfreien Städten übertragen. Das Land erstattet die personellen und sächlichen Verwaltungskosten nach Maßgabe des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004. Wegen der fortschreitenden Erledigung der offenen Vermögensfragen wird die Personalausstattung der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen ab 1998 zurückgeführt. Siehe auch Kapitel 12 080 - Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen.

Weniger wegen Rückführung der Personalausstattung in den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
633 11	234	Erstattung von Unterbringungs- und Sozialleistungskosten und für Gesundheitsuntersuchungen für ausländische Flüchtlinge, Aussiedler und Personen nach § 108 BSHG an die Landkreise und kreisfreien Städte	55.292.531	57.391.200	55.500.000
		<p>1. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.</p> <p>2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Die Mittel dienen der Erstattung der Kosten nach § 6 Landesaufnahmegesetz in Verbindung mit der Erstattungsverordnung vom 29.01.1999 (GVBl. II S. 99), der Erstattung der Kosten nach § 108 Bundessozialhilfegesetz (Übertritt aus dem Ausland), der Erstattung der Kosten von Gesundheitsuntersuchungen gemäß § 62 Abs. 1 Satz 2 Asylverfahrensgesetz und § 36 Abs. 4 Infektionsschutzgesetz in Verbindung mit der Verordnung über die Durchführung von Gesundheitsuntersuchungen von Asylbewerbern vom 10.11.2000 (GVBl. II S. 423) sowie der Erstattung der Kosten nach § 3b Abs. 2 Wohnortzuweisungsgesetz.</p> <p>Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bewirtschaftet.</p>			
633 12	235	Zuweisungen für soziale Dienste	14.338.800	8.475.900	0
		<p>Erläuterungen:</p> <p>Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Haushaltsrechnung beibehalten.</p>			
Summe HGr. 6:				1.572.157.100	1.453.297.700
HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
883 11	910	Zuweisungen für kommunale Investitionen	10.002.805	10.000.000	0
		<p>Erläuterungen:</p> <p>Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Haushaltsrechnung beibehalten.</p>			
883 12	910	Kommunale Investitionspauschalen	141.989.116	102.000.000	221.000.000
		<p>Erläuterungen:</p> <p>Die Mittel werden auf der Grundlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004 eingesetzt. Aus der Kommunalen Investitionspauschale stehen auch Mittel zur Kofinanzierung von Bundesmitteln im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Kap. 08 050 / TGr. 61) bereit. Die Verwaltung der Kofinanzierungsmittel zur Gemeinschaftsaufgabe wird in Höhe von 20 Mio. EUR dem Ministerium für Wirtschaft übertragen. Das Ministerium des Innern kann weitere Mittel zur Kofinanzierung verfügbarer Bundesmittel bereitstellen. Die Erläuterungen werden für verbindlich erklärt.</p>			
883 13	910	Kommunale Investitionspauschale (außerhalb Steuerverbund)	128.269.021	99.116.600	0
		<p>Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>2004 im Titel 883 12 veranschlagt.</p> <p>Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Haushaltsrechnung beibehalten.</p>			
883 16	910	Komplementärmittel für kommunale Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	20.000.000	20.000.000	0
		<p>Erläuterungen:</p> <p>Die Mittel zur Kofinanzierung von Bundesmitteln sind in der allgemeinen Investitionspauschale (Titel 883 12) enthalten. Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Haushaltsrechnung beibehalten.</p>			
883 30	910	Zuweisungen für kommunale Investitionen im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG)	15.253.161	0	0
		<p>Erläuterungen:</p> <p>Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Haushaltsrechnung beibehalten.</p>			

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

883 40	910	Zuweisungen für kommunale Investitionen des Sonderprogramms Fremdenverkehr ländlicher Raum	3.673.278	1.955.700	100.000
--------	-----	--------------------------------------------------------------------------------------------	-----------	-----------	---------

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Programm ist im Haushaltsjahr 2004 ausfinanziert.

Summe HGr. 8:	233.072.300	221.100.000
---------------	-------------	-------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

972 10	989	Globale Minderausgabe KFA	0	0	0
--------	-----	---------------------------	---	---	---

Summe HGr. 9:	0	0
---------------	---	---

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			0	0
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			0	0
Gesamteinnahme			0	0
Ausgaben				
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			1.572.157.100	1.453.297.700
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			233.072.300	221.100.000
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben			0	0
Gesamtausgabe			1.805.229.400	1.674.397.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.805.229.400	-1.674.397.700

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 040 Hochwasserkatastrophe 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	699	Zuweisungen für das Sonderprogramm "Hochwasser" im Rahmen der Bund/Länder Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA)	0	0	0
231 20	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	0
231 30	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	0	0	0
231 40	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	0	0	0
231 50	699	Zuweisungen des Bundes für Hochwasserhilfen außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0	0	0
272 10	699	Zuschüsse aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0	0	0
Summe HGr. 2:				0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 040 Hochwasserkatastrophe 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

681 20	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	0
681 30	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	0	0	0
681 40	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	0	0	0
681 50	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0	0	0
681 51	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0	0	0

Summe HGr. 6:		0	0
---------------	--	---	---

HGr. 7: Baumaßnahmen

711 30	699	Wiederherstellung der durch das Hochwasser beschädigten wasserwirtschaftlichen Infrastrukturen	0	0	0
--------	-----	------------------------------------------------------------------------------------------------	---	---	---

Summe HGr. 7:		0	0
---------------	--	---	---

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	699	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
883 20	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	0
883 30	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	0	0	0
883 40	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	0	0	0
883 50	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0	0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 040 Hochwasserkatastrophe 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
883 51	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0	0	0
892 10	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft	0	0	0
892 20	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	0
892 30	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	0	0	0
892 40	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	0	0	0
892 50	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0	0	0
892 51	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0	0	0
Summe HGr. 8:				0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 040 Hochwasserkatastrophe 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
		Abschluss		
		Einnahmen		
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
		Gesamteinnahme	0	0
		Ausgaben		
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
		HGr. 7 Baumaßnahmen	0	0
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
		Gesamtausgabe	0	0
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

121 10	872	Gewinne aus Kapitalanteilen an Landesgesellschaften (Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts)	1.826.617	4.040.000	2.900.000
--------	-----	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Ausschüttung von Dividenden.

Weniger wegen einer einmaligen zusätzlichen Ausschüttung der Land Brandenburg Lotto GmbH im Jahr 2003.

134 10	872	Einnahmen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen sowie aus sonstigen Aus- und Rückzahlungen von Kapitalanteilen	13.742.390	30.951.300	0
--------	-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	-------------------	----------

1. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 bei Titelgruppe 65 in Kapitel 20 630.

2. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Landesbeteiligungen anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagte Einnahmen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen. Welche Vermögensanteile aktiviert werden, wird erst im Laufe der Jahres 2004 entschieden.

Derzeit sind keine Veräußerungen vorgesehen.

141 10	680	Bürgschaftsentgelte	330.025	360.000	360.000
--------	-----	----------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die dem Land zustehenden Anteile an den Bürgschaftsentgelten für die Übernahme von Bürgschaften im Rahmen der Bürgschaftsprogramme.

141 20	062	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	2.107.113	310.000	1.500.000
--------	-----	----------------------------------------------------------------------------------	------------------	----------------	------------------

Erläuterungen:

Rückflüsse und andere Einnahmen aus der Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewährleistungs- oder ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen.

Mehr in Annäherung an die durchschnittlichen Ist-Einnahmen der Jahre 1999 bis 2002.

162 10	872	Zinseinnahmen aus dem Inland	57.238	4.090.300	1.000.000
--------	-----	-------------------------------------	---------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zinserträge noch nicht abgerufener Mittel von der Investitionsbank des Landes Brandenburg.

181 10	872	Darlehensrückflüsse aus dem Inland	0	0	0
--------	-----	-------------------------------------------	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Rückflüsse von Teilbeträgen aus gewährten Darlehen.

Summe HGr. 1:			39.751.600	5.760.000	
----------------------	--	--	-------------------	------------------	--

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
Ausgaben					

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	859	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	949	185.000	30.000
--------	-----	-------------------------------------------------------	------------	----------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entgelte für die Geschäftsbesorgung zur Bearbeitung von Gewährleistungen (u.a. Prozesskosten für Rechtsstreitigkeiten aus Bürgschaften), Gutachten sowie sonstige honorarpflichtige Dienstleistungen, soweit sie nicht zentral von einem Geschäftsbesorger (vgl. zu Titel 141 10) abgewickelt werden.

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

Summe HGr. 5:	185.000	30.000
---------------	----------------	---------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

662 10	759	Zuweisungen an die Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF)	70.026.000	30.000.000	46.002.000
--------	-----	---------------------------------------------------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Das Privatisierungsverfahren der früheren Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF) wurde mit dem Abschluss einer Abwicklungsvereinbarung am 05.06.2003 einvernehmlich beendet. Im Rahmen der im Jahr 2003 vollzogenen Umstrukturierung des BBF-Konzerns ging die BBF durch Verschmelzung auf die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS) über; diese Verschmelzung wurde am 02.10.2003 in das Handelsregister eingetragen. Die für die frühere BBF vorgesehenen Zuwendungen in 2004 werden somit an die FBS gezahlt.

Nach Auffassung der Gesellschafter der BBF erscheint eine Privatisierung der BBF in absehbarer Zeit nicht möglich. Rein vorsorglich legt die BBF ihrer Mittelfristplanung 2004 vom 22.01.2003 für das Haushaltsjahr 2004 bereits zugrunde, dass sie ihre Tätigkeit in der bisherigen Gesellschafter- und Geschäftskonstellation und insbesondere auch bezüglich des Projekts zum Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) fortsetzt.

Die Geschäftsführung der BBF unterstellt, dass die Gesellschafter - entsprechend bisheriger Praxis - Auslagen erstatten und Gesellschafterdarlehen für Investitionen ausreichen. Da die BBF weiterhin nicht in der Lage sein wird, ihren Liquiditätsbedarf durch erwirtschaftete Mittelzuflüsse oder externe Kreditaufnahme zu decken, sind weitere Zuweisungen der Gesellschafter der BBF zur Finanzierung der BBF erforderlich.

Unter dieser Voraussetzung würde der voraussichtliche Bedarf an Gesellschaftermitteln der BBF für 2004 insgesamt 159.113.000 EUR betragen. Auf das Land Brandenburg als Gesellschafter der BBF würde davon ein anteilmäßiger Betrag in Höhe von 36.000.000 EUR entfallen.

Hinzu käme der Anteil des Landes Brandenburg an den Kosten für die Umsiedlungsmaßnahmen, die im Jahr 2003 eingeplant waren und in das Jahr 2004 verschoben wurden i.H.v. 6.302.000 EUR.

Zum Ausgleich der Disparität aufgrund der höheren Zahlungen des Gesellschafters Bundesrepublik Deutschland zur Tilgung der Baufeld-Ost-Kredite muss das Land Brandenburg noch eine Zahlung in Höhe von 3.700.000 EUR leisten. Die Zahlung sollte in Übereinstimmung mit dem (Mit-)Gesellschafter in 2004 erfolgen und führt zur Erhöhung der Kapitalrücklage der BBF.

Der Anteil des Landes Brandenburg würde sich wie folgt zusammensetzen:

			2004 EUR
1.	Erstattung von Auslagen		
1.1	Laufende Ausgaben für die Flughafen Projektgesellschaft Schönefeld mbH (FPS)		1.725.000
1.2	Baufeld-Ost-Kreditzinsen		1.489.000
1.3	Tilgung Baufeld-Ost-Kredite		3.700.000
	<i>Summe zu 1.</i>		<i>6.914.000</i>
2.	Gesellschafterdarlehen		
2.1	Liegenschaften/Umsiedlung		39.088.000
	<i>Summe zu 2.</i>		<i>39.088.000</i>
Zusammen			46.002.000

Summe HGr. 6:	30.000.000	46.002.000
---------------	-------------------	-------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

831 10	872	Erwerb von Kapitalanteilen an Unternehmen des privaten Rechts und Anstalten des öffentlichen Rechts	2.340	102.300	10.000
--------	-----	-----------------------------------------------------------------------------------------------------	-------	---------	--------

Erläuterungen:

Ausgaben für die Kapitalausstattung landesbeteiligter Unternehmen.

831 12	872	Kapitalzuführung zur Landesentwicklungsgesellschaft i. L.	97.728.000	0	25.000.000
--------	-----	-----------------------------------------------------------	------------	---	------------

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Erfüllung von Verbindlichkeiten der LEG i. L..

Mehr in Folge des tatsächlichen Bedarfs zur Abwicklung der LEG i.L..

862 10	872	Gewährung von Gesellschafterdarlehen an landesbeteiligte Unternehmen	15.338.756	11.759.800	0
--------	-----	----------------------------------------------------------------------	------------	------------	---

Erläuterungen:

Weniger wegen Nichtgewährung weiterer Darlehn an die LEG i.L..

871 10	680	Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen	19.997.625	20.000.000	20.000.000
--------	-----	---------------------------------------	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Die Höhe der Ausfälle ist abhängig vom Bewilligungsvolumen und der voraussichtlichen Entwicklung der durch Bürgschaften geförderten Unternehmen. Der Ansatz ist geschätzt.

Summe HGr. 8:	31.862.100	45.010.000
---------------	------------	------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz	
			2003	2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			39.751.600	5.760.000
Gesamteinnahme			39.751.600	5.760.000
Ausgaben				
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			185.000	30.000
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			30.000.000	46.002.000
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			31.862.100	45.010.000
Gesamtausgabe			62.047.100	91.042.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-22.295.500	-85.282.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Vorbemerkung: Beim Liegenschaftsvermögen werden auch die Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, die im Zusammenhang mit Grundstücken entstehen, die dem Land als Fiskalerbe zugefallen sind und von ihm verwertet werden.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	871	Gebühren, sonstige Entgelte	15	100	100
--------	-----	-----------------------------	----	-----	-----

Erläuterungen:

Erwartete Einnahmen aufgrund der Gebührenordnung des Ministeriums der Finanzen.

119 10	871	Sonstige Einnahmen	173.839	44.900	170.000
--------	-----	--------------------	---------	--------	---------

Erläuterungen:

Es handelt sich insbesondere um Einnahmen aus Rückzahlungen aus den Vorjahren wie Steuerrückerstattungen und Erstattungen aus Jahresverbrauchsrechnungen.

2004: Mehr in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

121 10	873	Abführungen des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg"	0	0	0
--------	-----	----------------------------------------------------------------	---	---	---

Erläuterungen:

Gemäß § 2 des Gesetzes über die Verwertung der WGT-Liegenschaften vom 03.06.1994 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" eingerichtet. Aufgabe ist die Verwertung, Entwicklung und Verwaltung der dem Land übertragenen WGT-Liegenschaften. Nach § 9 des Gesetzes wurde mit Zustimmung des Landtages das Bodenreformvermögen dem Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zugeführt.

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes (Stand: Gesetzentwurf der Landesregierung - Landtagsdrucksache 3/5168 v. 05.12.2002) zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen (WGT-LVG) wird das Sondervermögen "Grundstückfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und ist ab 2005 in der Titelgruppe 65 - WGT - Liegenschaftsvermögen im AGV - im Kapitel 20 630 auszuweisen.

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" - WGT-Liegenschaften
Ausgaben für die Verwaltung der Liegenschaften

	Ist 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2004 EUR
1. Personalausgaben	0	0	0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	43.116.000	24.647.000	27.845.000
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Zusammen	43.116.000	24.647.000	27.845.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
121 10

Finanzierung der Ausgaben

		Ist 2002	EUR	Ansatz 2003	Ansatz 2004
				EUR	EUR
1.	Vermischte Einnahmen (einschl. Zinseinnahmen)	2.643.000		1.000.000	995.000
2.	Einnahmen aus Miet- und Pachtverträgen	2.811.000		1.647.000	2.505.000
3.	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1.585.000		0	2.135.000
4.	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Gegenständen	17.959.000		18.000.000	14.920.000
5.	Zuweisungen des Bundes	0		0	0
6.	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen auf dem Kreditmarkt	0		0	0
7.	Zuweisungen aus Förderprogrammen des Landes nach § 2 Abs. 6 WGT-LVG	10.685.000		1.000.000	5.375.000
8.	Einnahmen aus Überschüssen des Vorjahres/Auflösung von Rücklagen	7.433.000		3.000.000	1.915.000
Zusammen		43.116.000		24.647.000	27.845.000

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" - Bodenreformvermögen

Angaben für die Verwaltung von Liegenschaften

		Ist 2002	EUR	Ansatz 2003	Ansatz 2004
				EUR	EUR
1.	Personalausgaben	0		0	0
2.	Sächliche Verwaltungsausgaben	0		1.200.000	2.664.000
3.	Schuldendienst	0		0	0
4.	Zuweisungen und Zuschüsse	0		0	0
5.	Ausgaben für Investitionen	0		0	0
6.	Besondere Finanzierungsausgaben (Zuweisung Bestandskonto 96 120 001 10)	0		3.200.000	166.000
Zusammen		0		4.400.000	2.830.000

Finanzierung der Ausgaben

		Ist 2002	EUR	Ansatz 2003	Ansatz 2004
				EUR	EUR
1.	Vermischte Einnahmen (einschl. Zinseinnahmen)	0		2.100.000	260.000
2.	Einnahmen aus Miet- und Pachtverträgen	0		900.000	1.100.000
3.	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	0		0	0
4.	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Gegenständen	0		1.400.000	1.470.000
5.	Zuweisungen des Bundes	0		0	0
6.	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen auf dem Kreditmarkt	0		0	0
7.	Zuweisungen aus Förderprogrammen des Landes nach § 2 Abs. 6 WGT-LVG	0		0	0
8.	Einnahmen aus Überschüssen des Vorjahres/Auflösung von Rücklagen	0		0	0
Zusammen		0		4.400.000	2.830.000

124 10 871 Mieten und Pachten 4.866.850 4.202.800 4.867.000

1. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken des allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
124 10

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	1.942.500
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	2.924.500
3.	Sonstige Einnahmen	0
Summe		4.867.000

Mehr in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002 und in Folge zusätzlicher Vermietung von Gebäuden.

125 10	871	Einnahmen aus Diensten wirtschaftlicher Tätigkeit	126.234	56.200	130.000
---------------	------------	----------------------------------------------------------	----------------	---------------	----------------

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Betrieb zentraler Heizwerke, die Einrichtungen des Landes, der Stadt Potsdam sowie sonstiger Abnehmer versorgen.

Mehr in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

131 10	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	11.533.609	13.579.000	6.500.000
---------------	------------	------------------------------------------------------------	-------------------	-------------------	------------------

1. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 und 2 bei Titel 821 10.
2. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.
3. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Rückzahlungen aufgrund in früheren Haushaltsjahren zu hoch vereinnahmter Veräußerungserlöse - insbesondere aufgrund Minderflächen nach Vermessung - von den Einnahmen abgesetzt werden.
4. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Kapitel 20 630 Titel 821 10 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von Liegenschaften, die zur Erfüllung der Aufgaben des Landes nicht benötigt werden.

Weniger wegen geringerer Wertigkeit der zu veräußernden Liegenschaften.

131 11	871	Erlöse aus dem Verkauf von Forstgebäuden	830.276	0	0
---------------	------------	-------------------------------------------------	----------------	----------	----------

1. Einnahmen bis zur Höhe von höchstens 156.000 EUR dürfen für Ausgaben bei Kapitel 15 110 Titel 719 10 verwendet werden.
2. Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 15 110, Titel 711 11 und 721 10 verwendet werden.
3. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.
4. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Dauerhaft für Landeszwecke entbehrliche ehemalige Forstgebäude sollen veräußert werden.

131 12	871	Vermögen aus der Geltendmachung von Ansprüchen gem. Art. 233 §§ 11 Abs. 3, 12 Abs. 2 EGBGB	16.617.000	0	0
---------------	------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	----------	----------

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 631 12.

131 13 neu	871	Erlöse aus der Verwertung von ehemals land- und forstwirtschaftlich genutzten Vermögen nach der 3. DVO zum Treuhandgesetz	2.471.537		0
-------------------	------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------	--	----------

siehe Vermerk bei Titel 671 13

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

131 20	062	Einnahmen aus Veräußerungserlösen zugunsten des Entschädigungsfonds oder Dritter	0	0	0
---------------	------------	---------------------------------------------------------------------------------------------	----------	----------	----------

1. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 bei Titel 821 20 und 821 30.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Veräußerung von Grundstücken mit Abführungspflicht gemäß Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) vom 27.09.1994 sowie Vermögensgesetz und Investitionsvorranggesetz.

132 10	871	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	6.136	0	0
---------------	------------	----------------------------------------------------------	--------------	----------	----------

Aus Titelgruppen	778.700	712.000
-------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 1:	18.661.700	12.379.100
----------------------	-------------------	-------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 60 - Landesbehördenzentren Brandenburg, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Wünsdorf

111 60	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	0	0	0
119 60	011	Sonstige Einnahmen	395.469	18.400	35.000

Erläuterungen:

Einnahmen aus Endabrechnungen zu Jahresverbräuchen bei Medienversorgern (Wasser, Abwasser, Strom, Wärme) sowie Umsatzsteuerrückerstattungen für den Betrieb gewerblicher Art - Heizwerk Heinrich-Mann-Allee 103 in Potsdam.

Mehr in Anpassung an die Ist-Ausgaben der Jahre 2000 bis 2002.

124 60	011	Mieten und Pachten	817.713	760.300	677.000
--------	-----	--------------------	---------	---------	---------

1. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	677.000
3. Sonstige Einnahmen	0
Summe	677.000

Weniger wegen Freizug LDS im LBZ Frankfurt/Oder.

132 60	011	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände	980	0	0
--------	-----	------------------------------------------------------------------------------------	-----	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	778.700	712.000
-------------------------------------	---------	---------

TGr. 64 - Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerke bei TGr. 64.

235 64	950	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
--------	-----	---------------------------------------------------------	---	---	---

Erläuterungen:

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v.H., sofern eine Nachbesetzung der frei werdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

359 64	950	Entnahme aus der Rücklage	9.651	0	0
--------	-----	---------------------------	-------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64	0	0
-------------------------------------	---	---

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 65 - WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV

Erläuterungen:

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes (Stand: Gesetzentwurf der Landesregierung - Landtagsdrucksache 3/5168 v. 05.12.2002) zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen (WGT-LVG) wird das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und ist ab 2005 in der Titelgruppe - WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV - im Kapitel 20 630 auszuweisen.

Die Titelgruppe war aufgrund des Wortlauts "....Ist das Sondervermögen nach dem 30.06.2002 aufzulösen." im Gesetz zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2002) vorsorglich in den Haushalt eingestellt worden.

119 65	871	Sonstige	0	0	0
124 65	871	Mieten und Pachten	0	0	0
129 65	871	Sonstige Erlöse	0	0	0
131 65	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	0	0	0
162 65	871	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	0	0	0
214 65 neu	871	Allgemeine Zuweisungen von Sondervermögen			0
231 65	871	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
282 65 neu	871	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland			0
342 65 neu	871	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland			0
381 65 neu	871	Verrechnung zwischen Kapiteln			0
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(121 65)	871	Abführungen des Sondervermögens	0	0	
(281 65)	871	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	0	0	

Nachrichtlich: Summe TGr. 65 0 0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben für Datenverarbeitung - Projekt
Liegenschaftsinformationssystem

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(359 99)	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
----------	-----	---------------------------	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0
-------------------------------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	778.700	712.000
--------------------------------------------------------	---------	---------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

425 10 061 Vergütungen der Angestellten 394.789 272.300 405.000

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1 - außertariflichen Angestellten	0
1.2 - tariflichen Angestellten	405.000
1.3 - Auszubildenden	0
2. Aufwandsentschädigung	0
3. Sonstige Leistungen	0
Summe	405.000

Mehr in Auswirkung der Tarifierhöhungen und durch Stellenzugang.

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
IVb	gD	3	3
Vc	mD	2	2
VIb	mD	5	5
VII	mD	1	2
davon kw: 1 im Jahr 2006 zum 31.12.2006 wegen Umsetzung PEK			
Zusammen:		11	12

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	VII mD	Umsetzung von 07 160 / 425 10	gem. § 50 Abs. 1 LHO
1	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
1	Stellen Zugänge insgesamt		
1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

426 10 061 Löhne der Arbeiter 786.723 775.300 813.000

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Löhne einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Umlagen zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1 - Arbeiter	813.000
1.2 - Auszubildenden	0
2. Aufwandsentschädigung	0
3. Sonstige Leistungen	0
Summe	813.000

Mehr in Auswirkung der Tarifierhöhungen und durch Stellenzugang.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
426 10

Stellenübersicht:

	2003	2004
PT	1	3
MTL 6	1	1
MTL 5	11	11
davon kw: 1 im Jahr 2006 zum 31.12.2006 wegen Umsetzung PEK		
MTL 4	16	17
davon kw: 2 im Jahr 2006 zum 31.12.2006 wegen Umsetzung PEK		
gesperrt: 1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial- TV-BB bis 31.01.2004.		
MTL 2	0	1
davon kw: 1 im Jahr 2006 zum 31.12.2006 wegen Umsetzung PEK		
Zusammen:	29	33

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

2	PT
1	MTL 4
1	MTL 2
4	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen
4	Stellen Zugänge insgesamt
4	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umsetzung von 12 080 / 426 10

Umsetzung von 07 160 / 426 10

Umsetzung von 12 050 / 426 10

gem. § 50 Abs. 1 LHO

427 20	061	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	8.694	0	0
462 10	989	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0	-15.500	-15.000

Zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe können auch Titel
außerhalb der Hauptgruppe 4 (HGr. 5, 6 oder 8) herangezogen
werden.

Aus Titelgruppen

0 0

Summe HGr. 4: 1.032.100 1.203.000

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.901	21.800	21.000
--------	-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------	--------	--------

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Geschäftsbedarf	800
2. Bücher Zeitschriften	0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.100
4. Sonstiges	
Summe	6.900

14.100 EUR aus Umsetzung von Kapitel 12 010 Titel 511 99 wegen Zusammenführung der Bau- und Liegenschaftsverwaltung.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

511 20 061 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 2.936 2.300 3.600

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Postgebühren	0
2. Mobilfunkanschlüsse	950
3. Fernmeldegebühren	1.450
4. Sonstiges	1.200
Summe	3.600

Mehr wegen der Ausweitung der Hausverwaltung auf den Regierungsstandort Heinrich-Mann-Allee 103 und der Kostenerstattungspflicht für die durch MASGF genutzten Telefonanschlüsse (Wache Hausverwaltung).

514 10 061 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 4.859 1.900 19.700

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	18.800
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	600
3. Verbrauchsmittel	300
4. Sonstiges	
Summe	19.700

	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Bedarf an Dienstfahrzeugen				
PKW	0	0	6	0
Anhänger	3	0	3	0
Arbeitsmaschine	2	0	4	0
Dienstoffrad	1	0	1	0
Zusammen	6	0	14	0

517 10 061 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 2.605.741 1.969.900 2.833.000

Erläuterungen:

Für landeseigene bzw. in der Verfügungsbefugnis des Landes stehende Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 333.362 qm Nettogrundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

	2004 EUR
1. Heizung	939.300
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	483.400
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	827.900
4. Grundbesitzabgaben	185.800
5. Bewachungskosten	215.300
6. Sonstiges	181.300
Summe	2.833.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
517 10

Mehr wegen Übernahme der Liegenschaften Kleiststraße Basdorf, Landesnervenklinik Eberswalde, Cottbus Nordrand, Cottbus Inselstr. und Cottbus Markgrafenmühle in das AGV.

518 10 061 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 2.290.200 2.508.400 2.290.000

Erläuterungen:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume

Bezeichnung		Haupt- und Nebenfläche in m²	Jahresmiete in EURO
1.	Dreetz, Seestr.	2.033	900
2.	Frankfurt (Oder), Beeskower Str.	100	700
3.	ehem. Fachhochschule in Bernau - Waldfrieden	259.832	90.000
4.	Anlegestelle Werbellinsee	0	1.900
Zusammen		261.965	93.500

Darüber hinaus sind Nutzungsentgelte in 2004 in Höhe von 2.203.000 EUR für vom Land von der Brandenburgischen Boden GmbH zu erwerbende Liegenschaften aus dem WGT-Sondervermögen veranschlagt.

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

518 20 061 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 0 0 0

519 10 061 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 252.897 135.000 253.000

Erläuterungen:

Hier sind nur Ausgaben zu veranschlagen, deren Ausführung keines bautechnischen Sachverständes bedarf; ansonsten Titel 519 20.

		2004 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	253.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0
Summe		253.000

Mehr wegen erhöhter Aufwendungen für die Sicherung der Liegenschaften durch den zunehmenden Verfall der Gebäude und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

525 10 061 Aus- (und Fort)bildung 0 200 200

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	200
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		200

Veranschlagt sind die Kosten für fachspezifische Lehrgangsbesuche (incl. Fahrtkosten) der Liegenschaftsarbeiter zur Bedienung/Wartung technischer Anlagen (einschl. Aufzüge), insbesondere im Hinblick auf die Ausweitung der Hausverwaltung.

526 10 061 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 36.352 26.000 26.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
526 10

Erläuterungen:

Ausgaben für Wertermittlungen bei bebauten und unbebauten Grundstücken im Falle des Erwerbs oder der Veräußerung, sowie Aufwendungen in Rechtsstreitigkeiten (z.B. bei Erbschaften) des Landes.

527 10	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	764	0	800
--------	-----	------------------------------------------------	-----	---	-----

Erläuterungen:

Reisekostenvergütungen für Liegenschaftsarbeiter.

537 10	061	Entwicklung, Verwaltung und Verwertung landeseigener Grundstücke	2.103	7.200	7.200
--------	-----	-------------------------------------------------------------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten (z.B. für Bauvoranfragen) für Grundstücke, die im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. Verwertung entstehen. Diese Haushaltsmittel können auch für Dienstleistungen einer landeseigenen Gesellschaft verwendet werden. Dazu können im Einzelfall Auftragsvergaben für Maßnahmen zur Bauunterhaltung (insbesondere zur Verkehrssicherung) und umfassende Bestandsaufnahmen sowie Entwicklungsplanungen zur Herstellung der Verwertbarkeit gehören.

542 10	299	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-9. Buch	0	2.100	2.100
--------	-----	------------------------------------------------------------------------------------	---	-------	-------

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden.
2. Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden.
3. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

546 10	061	Sonstiges	78.704	48.000	47.400
--------	-----	------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die für Betriebe gewerblicher Art (Heizwerk Liegenschaft Heinrich-Mann-Allee 103) abzuführenden Steuern, Rückzahlungen aufgrund von Minderflächen nach Vermessung von Liegenschaften sowie Gebühren für Leistungen der Kataster- und Vermessungsämter.

546 20	061	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	0	0	0
--------	-----	-------------------------------------------------------	---	---	---

Aus Titelgruppen

	3.068.500	4.014.000
--	-----------	-----------

Summe HGr. 5:

	7.791.300	9.518.000
--	-----------	-----------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 12	871	Ansprüche des Bundes und der TLG aus der Einigung mit dem Bund über das ehemalige Preußenvermögen	21.354.398	0	0
--------	-----	----------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------	---	---

Siehe Vermerk bei Titel 131 12.

Erläuterungen:

Zur Abwicklung von Zahlungen im Zusammenhang mit der Übernahme des Preussenvermögens vom Bund gemäß Einigung zwischen Bund und Land vom 02. 06. 1999.

671 13 neu	871	Erstattungen an Dritte nach dem Vermögensgesetz bzw. dem Vermögenszuordnungsgesetz		0	
---------------	-----	-------------------------------------------------------------------------------------------	--	---	--

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 131 13 geleistet werden.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
671 13

Erläuterungen:

Das Land ist verpflichtet, bei eventuellen Ansprüchen Dritter, die denen des Landes vorgehen, bereits im Titel 131 13 (Kapitel 20 630) vereinnahmte Erlöse auf Verlangen der Berechtigten entsprechend ihrem Anspruch herauszugeben.

Summe HGr. 6:	0	0
---------------	---	---

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	871	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	500
--------	-----	----------------------------------	---	---	-----

Erläuterungen:

Erstbeschaffungen

		2004
1.1	1 Hänger für Kleintraktor (BHZ Heinrich-Mann-Allee 103)	500
Summe		500

Neubeschaffungen:

2004	2004 EUR
6 PKW	0
2 Arbeitsmaschine	0
Zusammen	0

Umsetzung der Arbeitsmaschinen aus Kapitel 07 160.

Umsetzung 4 PKW aus Kapitel 12 070 wegen Zusammenführung der Bau- und Liegenschaftsverwaltung.

Umsetzung 2 PKW aus TG 60.

812 10	871	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen	71.323	0	0
--------	-----	------------------------------------------------------------	--------	---	---

821 10	871	Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken	4.122.086	5.482.200	4.122.100
--------	-----	-------------------------------------------------	-----------	-----------	-----------

1. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass bei einem Grundstückstausch die Einnahmen auf die Ausgaben angerechnet werden. Verbleibende Spitzenbeträge sind beim Einnahmetitel 131 10 bzw. beim Ausgabebetitel nachzuweisen.

2. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Einnahmen aus Rückzahlungen in früheren Haushaltsjahren geleistete Ausgaben insbesondere aufgrund Minderflächen nach Vermessung - von den Ausgaben abgesetzt werden.

3. Siehe Vermerke Nr. 5 bei Titel 131 10.

4. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen aus Zuweisungen des Bundes nach dem Hochschulbauförderungsgesetz für Grundstückserwerb bei Kapitel 15 160 Titel 331 20 geleistet werden.

5. Von dem Ansatz sind bis zu 102.300 EUR zweckgebunden einzusetzen für Flächenankäufe in Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 69 BbgNatSchG.

6. Siehe Vermerk Nr. 2 bei Titel 821 20 und Titel 821 30.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
821 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	2.045.168			2.045.168
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen	2.045.168			2.045.168

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Erwerb von Liegenschaften für Einrichtungen des Landes sowie in begrenztem Umfang für Flächen für Zwecke des Naturschutzes. Es sind Ausgaben vorgesehen, sofern Zahlungsverpflichtungen des Landes zur Erlösauskehr bzw. Auskehr des Verkehrswertes aufgrund Zuordnungsvereinbarungen nach dem Vermögenszuordnungsgesetz und gütlicher Einigungen nach dem Vermögensgesetz bestehen. Der Bund beteiligt sich nach dem Hochschulbauförderungsgesetz am Grunderwerb für Hochschulbaumaßnahmen zu 50 v. Hundert an den dem Land entstandenen Ausgaben nach Maßgabe des Rahmenplans. Die Einnahmen hieraus sind bei Kapitel 15 160 Titel 331 20 nachgewiesen.

821 20 062 Abführungen an den Entschädigungsfonds **13.289** **0** **0**

1. Einnahmen bei Titel 131 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 821 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Soweit das Land Brandenburg gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 und 11 Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) vom 27.09.1994 herangezogen wird, sind Ausgaben zu leisten.

821 30 062 Verpflichtungen des Landes zur Erlösauskehr **0** **0** **0**

1. Einnahmen bei Titel 131 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 821 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Soweit das Land Brandenburg gemäß § 31 Abs. 5 Vermögensgesetz sowie § 16 Investitionsvorrangsgesetz zur Auskehr des Verkehrswertes bzw. Verkaufserlöses verpflichtet ist, sind Ausgaben zu leisten.

Aus Titelgruppen **11.400** **3.600**

Summe HGr. 8: **5.493.600** **4.126.200**

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Landesbehördenzentren Brandenburg, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Wünsdorf

511 60 061 Geschäftsbedarf und Kommunikation 85.081 103.200 85.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	650
2.	Postgebühren	300
3.	Bücher, Zeitschriften	50
4.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	16.900
5.	Mobilfunkanschlüsse	800
6.	Sonstiges (Wartung TK-Anlagen, Fernmeldegebühren)	66.300
Summe		85.000

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

514 60 061 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 24.698 25.800 36.900

Erläuterungen:

		2004 EUR
1..	Haltung von Dienstfahrzeugen	32.800
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	2.400
3.	Verbrauchsmittel	1.400
4.	Sonstiges	300
Summe		36.900

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	5	0	10	5
LKW	3	0	3	0
Anhänger	2	0	2	0
Arbeitsmaschine	8	0	8	0
Dienstoffrad	4	0	4	0
Zusammen	22	0	27	5

517 60 061 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 2.963.373 2.785.000 3.620.000

Erläuterungen:

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 230.157 m² Nettogrundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
517 60

		2004 EUR
1.	Heizung	789.800
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	873.600
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	962.600
4.	Grundbesitzabgabe	5.800
5.	Bewachungskosten	282.500
6.	Sonstiges	705.700
Summe		3.620.000

Mehr aufgrund der Übernahme der Hausverwaltung für weitere Liegenschaften in Brandenburg, Cottbus und Frankfurt/Oder sowie Fertigstellung weiterer Gebäude.

518 60 061 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 5.177 6.700 16.700

Erläuterungen:

Miete und Wartung einer Brandmeldeanlage in den Landesbehördenzentren Brandenburg und Cottbus sowie einer Hebebühne in den Landesbehördenzentrum Wünsdorf und Cottbus. Miete und Wartung für Notrufleitsystem im LBZ Brandenburg.

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2003	2004	
		vorhanden	neu
PKW	0	5	0
Zusammen	0	5	0

5 PKW durch Übernahme aus Kapitel 12 070, wegen Zusammenführung der Bau- und Liegenschaftsverwaltung.

519 60 061 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 170.094 141.000 250.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Unterhaltung an landeseigenen Grundstücken	250.000
2.	Unterhaltung an gemieteten und gepachteten Grundstücken	0
Summe		250.000

Mehr wegen Übernahme der Hausverwaltung für weitere Liegenschaften in Brandenburg, Cottbus und Frankfurt/Oder und wegen laufender Reparaturen an Lüftungs-, Klima- und Plasmaanlagen sowie für Bauunterhaltungsmaßnahmen im LBZ Wünsdorf.

525 60 061 Aus- und Fortbildung 327 1.600 400

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	400
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		400

Veranschlagt sind die Kosten für die fachspezifische Weiterbildung der Liegenschaftsarbeiter in den LBZ zur Bedienung/Wartung technischer Anlagen (einschl. Aufzüge).

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

526 60 061 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 0 0 0

537 60 061 Entwicklungskosten für Grundstücke 0 0 0

546 60 061 Vermischte Ausgaben 17.388 5.200 5.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die für Betriebe gewerblicher Art (Heizwerk im Landesbehördenzentrum Wünsdorf) sowie für den Betrieb von Kantinen in den LBZ abzuführenden Steuern.

811 60 871 Erwerb von Dienstfahrzeugen 12.560 5.200 3.600

1. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

1. Erstbeschaffungen

		2004 EUR
1.1	Zusatzgerät Multicar LBGZ Cottbus	3.600
Summe		3.600

Neubeschaffungen:

2004	2004 EUR
2 PKW	0
Zusammen	0

Aussonderungen:

2004	
2 PKW	
2 Zusammen	

Umsetzung 7 PKW aus Kapitel 12 070 wegen Zusammenführung der Bau- und Liegenschaftsverwaltung.
Umsetzung 2 PKW ins AGV.

812 60 871 Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen 6.485 6.200 0

Erläuterungen:

Weniger wegen Erreichens der Grundausstattung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 3.079.900 4.017.600

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 64 - Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Einnahmen bei den Titeln 235 64 und 359 64 dienen zur Deckung von Mehrausgaben in dieser Titelgruppe.

Die am Jahresende verbleibenden zweckgebundenen Einnahmen bzw. Minderausgaben bei Kapitel 20 630 HGr. 4 dürfen zu 100 % der Rücklage zugeführt werden.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Erstmals im Haushaltsjahr 2002 wurden die Altersteilzeitfälle aus dem Einzelplan 20, Kapitel 20 630 in der ausgebrachten Titelgruppe 64 aufgeführt.

Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeitfälle im Einzelplan 20
Stand: 31.12.2002

Kapitel	Anzahl der ATZ-Fälle seit 2000	davon Blockteilzeit	davon kontinuier- liche Teilzeit
20 630	1	1	0
Zusammen	1	1	0

425 64	950	Vergütungen der Angestellten in der Altersteilzeit	0	0	0
---------------	------------	-----------------------------------------------------------	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Vergütungen der Angestellten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

426 64	950	Löhne der Arbeiter in der Altersteilzeit	19.298	0	0
---------------	------------	-------------------------------------------------	---------------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Entlohnung von Arbeitern, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

919 64	950	Zuführung zu der Rücklage	18.191	0	0
---------------	------------	----------------------------------	---------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64			0	0
--------------------------------------------	--	--	----------	----------

TGr. 65 - WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV

1. Ausgaben dürfen in Höhe der bei Titelgruppe 65 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

2. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

3. Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.

Erläuterungen:

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes (Stand: Gesetzentwurf der Landesregierung - Landtagsdrucksache 3/5168 v. 05.12.2002) zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen (WGT-LVG) wird das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und ist ab 2005 in der Titelgruppe - WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV - im Kapitel 20 630 auszuweisen.

Die Titelgruppe war aufgrund des Wortlauts "...Ist das Sondervermögen nach dem 30.06.2002 aufzulösen." im Gesetz zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2002) vorsorglich in den Haushalt eingestellt worden.

517 65	871	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	0	0
---------------	------------	-----------------------------------------------------------	----------	----------	----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
519 65	871	Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	0	0	0
526 65	871	Sachverständige, Gerichts- und andere Kosten	0	0	0
532 65 neu	871	Entwicklungskosten für die Verwertung von Grundstücken			0
533 65 neu	871	Ausgaben für Forsten			0
534 65 neu	871	Sonstige Ausgaben			0
547 65	871	Vergütungen von Dienstleistungen	0	0	0
631 65	871	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
671 65 neu	871	Erstattungen an Inland			0
693 65 neu	871	Vermögensübertragungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden			0
711 65	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0
712 65	871	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(537 65)	871	Entwicklungskosten für die Verwertung von Grundstücken	0	0	0
(543 65)	871	Ausgaben für Forsten	0	0	0
(613 65)	871	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 65				0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben für Datenverarbeitung - Projekt
Liegenschaftsinformationssystem

1. Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(511 99) 061 **Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie
Entgelte für Kommunikation**
umgesetzt nach 12 070 / 511 99

(538 99) 061 **Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen**
umgesetzt nach 12 070 / 538 99

(812 99)	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	0	0	0
----------	-----	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	----------	----------

(919 99)	950	Zuführung zu der Rücklage	0	0	0
----------	-----	----------------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			0	0
-------------------------------------	--	--	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			3.079.900	4.017.600
-------------------------------------------------------	--	--	------------------	------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
<div>Abschluss</div>					
<div>Einnahmen</div>					
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				18.661.700	12.379.100
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				0	0
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				0	0
Gesamteinnahme				18.661.700	12.379.100
<div>Ausgaben</div>					
HGr. 4 Personalausgaben				1.032.100	1.203.000
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				7.791.300	9.518.000
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				0	0
HGr. 7 Baumaßnahmen				0	0
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen				5.493.600	4.126.200
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben				0	0
Gesamtausgabe				14.317.000	14.847.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)				4.344.700	-2.468.100

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
		Einnahmen			

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

325 10	920	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kapitalmarkt	1.203.881.705	1.200.834.900	1.122.456.400
---------------	-----	---------------------------------------------------------	----------------------	----------------------	----------------------

1. Aus den Einnahmen aus der Bruttokreditaufnahme sind auch die Ausgaben für Kurspflege zu leisten.
2. Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zugunsten des abschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.
3. Den Einnahmen aus Kreditaufnahmen wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr fälligen Krediten zu.

Erläuterungen:

Weniger wegen Rückführung der Kreditaufnahmen.

Summe HGr. 3:	1.200.834.900	1.122.456.400
---------------	----------------------	----------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
Ausgaben					

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 neu	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände			14.100
-------------------	------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	---------------

Erläuterungen:

					2004 EUR
1.		Geschäftsbedarf			
2.		Bücher, Zeitschriften			
3.		Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände			
4.		Sonstiges			14.100
		Summe			14.100

Für die Wartung und Pflege des DV-Verfahrens für die Schuldenverwaltung und des Renditeprogramms für die Schuldenaufnahme. Die Weiterentwicklung des Programmes für die Schuldenverwaltung ist im Titel 538 10 veranschlagt.

Mehr nach Umsetzung von 14.100 EUR aus Kapitel 12 010 Titel 511 99.

527 30 neu	920	Reisekosten im direkten Zusammenhang mit der Begebung von Anleihen			0
-------------------	------------	---------------------------------------------------------------------------	--	--	----------

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 575 10.

Erläuterungen:

Ausgabent für die notwendige Reisetätigkeit zur Absicherung des Absatzes von Anleihen.

531 30	011	Nachrichtenagentur- und Informationsdienste	28.442	28.100	33.900
---------------	------------	----------------------------------------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Erhöhung der Gebühren und erstmalige Veranschlagung der Kosten für die erforderliche Datenleitung.

538 10	920	Aufträge an Dritte im Rahmen des DV-Einsatzes der Schuldenverwaltung und des Kreditreferates	18.425	10.000	10.000
---------------	------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------	---------------	---------------

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 575 10.

546 20	920	Ausgaben für Beratung, Rating und sonstige Dienstleistungen Außenstehender	118.650	0	125.000
---------------	------------	-----------------------------------------------------------------------------------	----------------	----------	----------------

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 575 10.

Erläuterungen:

Ausgaben für Ratings durch internationale Ratingagenturen. Diesen Ratings wird große Bedeutung am Kapitalmarkt beigemessen.

Mehr wegen Beendigung der eingeräumten Sonderkonditionen der Ratingagenturen sowie Aufwendungen für das Management bei der Begebung von Benchmark Emissionen.

547 10	920	Depotumstellungskosten	0	0	0
---------------	------------	-------------------------------	----------	----------	----------

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 575 10.

575 10	920	Zinsen für Kreditmarktmittel	734.022.607	782.116.400	838.900.000
---------------	------------	-------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

1. Die Ausgaben der Titel 527 30, 538 10, 546 20, 547 10 und 575 20 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Zinseinnahmen fließen den Ausgaben zu.
3. Siehe Deckungsvermerk bei Kapitel 20 020, Titel 571 10.

Erläuterungen:

Mehr wegen erhöhtem Schuldenstand des Landes.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

575 20	920	Bonifikation, Disagio und Diskont bei Wertpapieren und Schuldscheindarlehen sowie Nebenkosten	10.161.155	3.988.100	13.100.000
---------------	------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	------------------	-------------------

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 575 10.

Erläuterungen:

Der Ansatz wurde auf der Grundlage von Erfahrungswerten geschätzt.

Mehr wegen Erhöhung des Anteils von Wertpapieren (Benchmark-Anleihen, Privatplatzierungen) bei der Kreditaufnahme und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

Summe HGr. 5:	786.142.600	852.183.000
---------------	--------------------	--------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

961 10	970	Ausgleich von Fehlbeträgen	0	200.000.000	125.700.000
---------------	------------	-----------------------------------	----------	--------------------	--------------------

Summe HGr. 9:	200.000.000	125.700.000
---------------	--------------------	--------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				1.200.834.900	1.122.456.400
Gesamteinnahme				1.200.834.900	1.122.456.400
Ausgaben					
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				786.142.600	852.183.000
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben				200.000.000	125.700.000
Gesamtausgabe				986.142.600	977.883.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)				214.692.300	144.573.400

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 35	018	Einnahmen aus der Einzahlung von Versorgungszuschlägen durch beurlaubte Beamte	502.117	202.000	500.000
--------	-----	--------------------------------------------------------------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Mehr wegen erhöhter Anzahl von Beurlaubungen aus dem Beamtenverhältnis und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

Summe HGr. 1:			202.000	500.000
---------------	--	--	---------	---------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

Erläuterungen:

Zu den Titeln 231 10 - 233 10:

Veranschlagt sind:

Einnahmen aus Beteiligung abgebender Dienstherrn an den Versorgungslasten des Landes in den Fällen der Übernahme eines Beamten oder Richters nach Vollendung des 45. Lebensjahres vom Bund oder einem anderen Dienstherrn im früheren Bundesgebiet aufgrund §§ 107 b, 107c des Beamtenversorgungsgesetzes.

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

231 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch den Bund	1.435.564	2.884.500	2.395.700
232 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Länder	3.350.800	4.170.000	3.486.300
233 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Gemeinden	158.687	172.400	160.000

Summe HGr. 2:			7.226.900	6.042.000
---------------	--	--	-----------	-----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

424 10	018	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage für Minister, Beamte und Richter"	7.539.383	6.830.200	6.548.900
--------	-----	-----------------------------------------------------------------------------------------------	------------------	------------------	------------------

1. Die nach § 6 des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes abzuführenden Beträge aus den Gruppen 421 und 422 fließen diesem Titel zu.

2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Beträge nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz aus den Gruppen 421 und 422 an die Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz ist auf der Grundlage des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) wie beim Bund und bei den anderen Ländern der Aufbau von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen vorgesehen, die aus der Verminderung der allgemeinen Besoldungsanpassungen zu bilden sind. Mit der Versorgungsrücklage soll die Finanzierung der Versorgung ab dem Jahre 2014 unterstützt werden. Das Ministerium der Finanzen verwaltet die Versorgungsrücklage des Landes. Die Anlage der Mittel des Sondervermögens ist der InvestitionsBank des Landes Brandenburg übertragen worden.

Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg" wird am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

431 10	018	Versorgungsbezüge des Ministerpräsidenten und der Minister sowie deren Hinterbliebener	501.945	421.800	541.900
--------	-----	-----------------------------------------------------------------------------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsfällen.

Zu den Titeln 432 10 - 432 15:

Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern.

432 10	018	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener	3.477.721	6.109.500	6.492.000
--------	-----	------------------------------------------------------------------------------	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2003	2004	2005	2006	2007
Vorjahr gesamt	191	241	309	402	515
Zugänge:					
Ruhestand	48	66	91	111	141
Hinterbliebene	2	2	2	2	2
gesamt	241	309	402	515	658

432 11	048	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Epl. 03)	5.084.947	7.680.800	9.492.000
--------	-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------	------------------	------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
432 11

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2003	2004	2005	2006	2007
Vorjahr gesamt	312	424	567	757	985
Zugänge:					
Ruhestand	90	121	168	206	262
Hinterbliebene	22	22	22	22	22
gesamt	424	567	757	985	1.269

432 12 058 Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich des Rechtsschutzes (Epl. 04) 2.503.535 4.130.800 4.673.000

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2003	2004	2005	2006	2007
Vorjahr gesamt	133	173	226	298	386
Zugänge:					
Ruhestand	36	49	68	84	106
Hinterbliebene	4	4	4	4	4
gesamt	173	226	298	386	496

432 13 068 Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der Finanzverwaltung (Epl. 12) 1.055.197 1.816.500 1.970.000

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2003	2004	2005	2006	2007
Vorjahr gesamt	59	77	100	132	170
Zugänge:					
Ruhestand	16	21	30	36	46
Hinterbliebene	2	2	2	2	2
gesamt	77	100	132	170	218

432 14 118 Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der Schulen (Epl. 05) 804.647 799.900 1.502.000

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2003	2004	2005	2006	2007
Vorjahr gesamt	34	47	63	84	108
Zugänge:					
Ruhestand	9	12	17	20	26
Hinterbliebene	4	4	4	4	4
gesamt	47	63	84	108	138

432 15 138 Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der Hochschulen (Epl. 06) 1.002.370 1.498.400 1.871.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
432 15

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2003	2004	2005	2006	2007
Vorjahr gesamt	47	61	79	102	130
Zugänge:					
Ruhestand	11	15	20	25	32
Hinterbliebene	3	3	3	3	3
gesamt	61	79	102	130	165

434 10	018	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage für Versorgungsempfänger sowie deren Hinterbliebenen"	87.908	55.300	283.300
---------------	------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------	---------------	----------------

1. Die nach § 6 des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes abzuführenden Beträge aus den Gruppen 431 und 432 fließen diesem Titel zu.
2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Beträge nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz aus den Gruppen 431 und 432 an die Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz ist auf der Grundlage des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) wie beim Bund und bei den anderen Ländern der Aufbau von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen vorgesehen, die aus der Verminderung der allgemeinen Versorgungsanpassungen zu bilden sind. Dies gilt entsprechend für die Amts- und Amtsversorgungsbezüge der Mitglieder der Landesregierung. Mit der von Versorgungsrücklage soll die Finanzierung der Versorgung ab dem Jahre 2014 unterstützt werden. Das Ministerium der Finanzen verwaltet die Versorgungsrücklage des Landes. Die Anlage der Mittel des Sondervermögens ist der InvestitionsBank des Landes Brandenburg übertragen worden. weiter siehe Titel 424 10

435 10	018	Versorgungsbezüge der Angestellten und deren Hinterbliebener	0	0	0
---------------	------------	---------------------------------------------------------------------	----------	----------	----------

436 10	018	Versorgungsbezüge der Arbeiter und deren Hinterbliebener	0	0	0
---------------	------------	-----------------------------------------------------------------	----------	----------	----------

443 10	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	18.486	38.900	38.900
---------------	------------	-----------------------------------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Zu den Titeln 446 10 - 446 15:
Die Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften werden seit dem Haushaltsjahr 2002 einzelnen Funktionsbereichen zugeordnet (Kapitel 446 10 bis 446 15).

Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern (mit Beihilfeanspruch), höherer Heilkosten, veränderter Altersstruktur und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2002.

446 10	018	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	223.059	460.100	360.900
---------------	------------	----------------------------------------------------	----------------	----------------	----------------

446 11	048	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Epl. 03)	452.293	681.500	822.000
---------------	------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------	----------------	----------------

446 12	058	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich des Rechtsschutzes (Epl. 04)	190.046	340.800	322.900
---------------	------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------	----------------	----------------

446 13	068	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Finanzverwaltung (Epl. 12)	71.799	85.200	121.700
---------------	------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------	---------------	----------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

446 14	118	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Schulen (Epl. 05)	110.928	85.200	205.600
---------------	------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------	---------------	----------------

446 15	138	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Hochschulen (Epl. 06)	76.402	85.200	128.400
---------------	------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------	---------------	----------------

Summe HGr. 4:	31.120.100	35.374.500
---------------	-------------------	-------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	018	Erstattungen an den Bund für Sonderversorgungen der Angehörigen der Polizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs	143.733.381	139.582.700	144.700.000
---------------	------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Erläuterungen:

Erstattungen an den Bund nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (BGBl. I 1991, S. 1677) für Kosten aus dem ehemaligen Sonderversorgungssystem der Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs, sowie der Rentenversicherungsbeiträge nach § 9 des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) vom 25.07.1991, sowie Verwaltungskosten, die das Bundesversicherungsamt geltend macht. Die Mittel werden vom Ministerium des Innern bewirtschaftet.

631 11	018	Erstattungen an den Bund für Zusatzversorgungssysteme	315.529.025	349.000.000	311.570.000
---------------	------------	--------------------------------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Erläuterungen:

Nach § 15 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (BGBl. Teil I Seite 1677 von 1991) werden dem Bund die entstehenden Aufwendungen für die Zusatzversorgungssysteme in Höhe von zwei Dritteln von den neuen Bundesländern erstattet. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bewirtschaftet.

632 10	048	Erstattungen von Versorgungsbezügen an Länder	19.116	15.400	29.400
---------------	------------	------------------------------------------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Ausgaben für die Beteiligung an Versorgungslasten aufnehmender Dienstherrn (Länder) in den Fällen der Übernahme eines Beamten oder Richters nach Vollendung des 45. Lebensjahres aufgrund §§ 107 b, 107 c des Beamtenversorgungsgesetzes.

Mehr wegen Aufnahme eines weiteren Versorgungsfalles.

Summe HGr. 6:	488.598.100	456.299.400
---------------	--------------------	--------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz	
			2003	2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			202.000	500.000
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			7.226.900	6.042.000
Gesamteinnahme			7.428.900	6.542.000
Ausgaben				
HGr. 4 Personalausgaben			31.120.100	35.374.500
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			488.598.100	456.299.400
Gesamtausgabe			519.718.200	491.673.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-512.289.300	-485.131.900

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2003 EUR	Ansatz
			Ist 2002 EUR	2004 EUR
Einnahmen				
Steuern und steuerähnliche Abgaben				
099 10	018	Zuführung zur Versorgungsrücklage aus dem Landeshaushalt	5.728.900 7.627.290	6.832.200
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20 Erläuterungen Die Zuführungen entsprechen den Ausgaben bei den Titeln 424 10 und 434 10 des Landeshaushaltsplanes.		
099 20	018	Zuführung zur Versorgungsrücklage der Landesversicherungsanstalt	13.000 17.716	23.500
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20		
099 30	018	Zuführung der Versorgungsrücklage der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	800 3.424	3.600
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20		
Übrige Einnahmen				
134 10	018	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel -Wertpapieranlage-	- -	-
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20 Erläuterung Bei diesem Titel wird das von der ILB zurückgezahlte Kapital -aus der Rückzahlung von angelegten Wertpapieren- gebucht.		
134 20	018	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel aus sonstigen Anlagen	95.730	254.347
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20 Bei diesem Titel wird das von der ILB zurückgezahlte Kapital -aus dem Rückfluss von sonstigen angelegten Mitteln- gebucht.		
154 10	018	Zinseinnahmen aus Wertpapieranlage	721.600 713.494	1.267.047
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 546 10, 546 20, 546 30, 831 10, 671 10		
154 20	018	Zinseinnahmen aus sonstigen Anlagen	3.500 16.628	10.000
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20		
Gesamteinnahmen			6.563.530 8.378.552	8.390.694

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2003 EUR	Ansatz
			Ist 2002 EUR	2004 EUR
Ausgaben				
Sächliche Verwaltungsausgaben				
546 10	018	Depotkosten für Wertpapiere aus dem Landeshaushalt	550 781	1.993
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.		
546 20	018	Depotkosten für Wertpapiere der Landesversicherungsanstalt	2	6
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 20 geleistet werden.		
546 30	018	Depotkosten für Wertpapiere der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	-	1
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 30 geleistet werden.		
575 10	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf Landeshaushalt	311.204	299.100
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.		
575 30	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf LVA	833	800
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.		
575 40	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	100	100
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.		
634 10	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für den Landeshaushalt	- -	-
		Haushaltsvermerk Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2013 gesperrt.		
634 20	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für den Landesversicherungsanstalt	- -	-
		Haushaltsvermerk Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2013 gesperrt.		
634 30	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	- -	-
		Haushaltsvermerk Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2013 gesperrt.		

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2003 EUR	Ansatz
			Ist 2002 EUR	2004 EUR
671 10	660	Renditeanteil der ILB Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden. Erläuterung Die Entnahme für die ILB erfolgt gemäß § 2 Abs. 5 Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der ILB und dem MdF vom 15.06.1999	192.000 109.435	80.000
		Sonstige Ausgaben für Investitionen		
831 10	018	Ausgaben zur Wertpapieranlage Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 099 10, 099 20, 099 30, 134 10, 134 20, 154 10, 154 20	6.208.000 7.546.950	7.500.000
831 20	018	Ausgaben für sonstige Anlagen	162.980 409.248	508.694
		Gesamtausgaben	6.563.530 8.378.522	8.390.694

Haushaltsübersicht 2004

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen			
Titel			2004	2005	2006	2007
		1.000 EUR				
		1	2	3	4	5
20 030 613 14	Kommunaler Finanzausgleich Ausgleichsfonds	22.650,2	2.096,3	6.544,4	6.067,7	7.941,8
	Zusammen:	22.650,2	2.096,3	6.544,4	6.067,7	7.941,8

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

[illegible]

Übersicht

über die landeseigenen und geleasteten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen		Lastkraftwagen		Krafträder		Sonderfahrzeuge		Zusammen	
	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
20 630 geleast	5	16 5	3	3			20	22	28	41 5
Zus. geleast	5	16 5	3	3			20	22	28	41 5